

„Die einen werden reicher, indem sie die anderen ärmer machen“



Eine (erweiterte) Besprechung des neuen Buches von Christian Felber: „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus.“

Reich macht Arm ärmer

Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich (Bert Brecht)

Arbeit lohnt nicht wirklich ... Die Reallöhne stagnieren bzw. werden heuer laut einer Prognose der Österreichischen Nationalbank wegen der Inflation leicht sinken – und schon warnen Wirtschaftsforscher vor einer Anpassung der Arbeitnehmer-Entgelte, obwohl die Wirtschaft (noch) weiter wächst.

Die Lohnquote – der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen – ist allein zwischen 1995 und 2005 von 66,2 auf 60,0 Prozent gesunken, dreimal so schnell wie im Durchschnitt der 20 OECD-Länder, für die Daten verfügbar sind.

... Vermögen muss man haben! Im Gegenzug sind im gleichen Zeitraum die Einkommen aus Vermögen von 32,8 auf 40% gestiegen. Das Vermögen selbst verteilt sich allerdings laut Daten des Oberösterreichischen Netzwerks gegen Armut und soziale

Ausgrenzung ziemlich ungleich: 2006 betrug das geschätzte Privatvermögen aller Österreicher/innen (Geld, Immobilien, Beteiligungen) ca. 1.000 Mrd. Euro, 340 Mrd davon gehörten dem reichsten Hundertstel der Bevölkerung; auf jedes Mitglied dieser Gruppe entfielen durchschnittlich 5,4 Mio Euro. Die „untersten“ 90% besaßen 2006 gemeinsam etwas weniger als das oberste Prozent der Superreichen, nämlich 317 Mrd.

Leistungs- und steuerfrei reich werden. Die fiskalischen Rahmenbedingungen begünstigen dieses Auseinanderklaffen. Während ein durchschnittliches Arbeitseinkommen (ohne Sozialversicherung) einer Steuerbelastung von ca. 30% unterworfen ist, sind Erträge aus Finanzanlagen mit 25 Prozent und Zinsen von Privatstiftungen mit 12,5% besteuert. Einkommen aus Spekulation mit Aktien oder Derivaten sind nach einem Jahr Behaltfrist steuerfrei. Dividenden aus Stiftungs-Beteili-

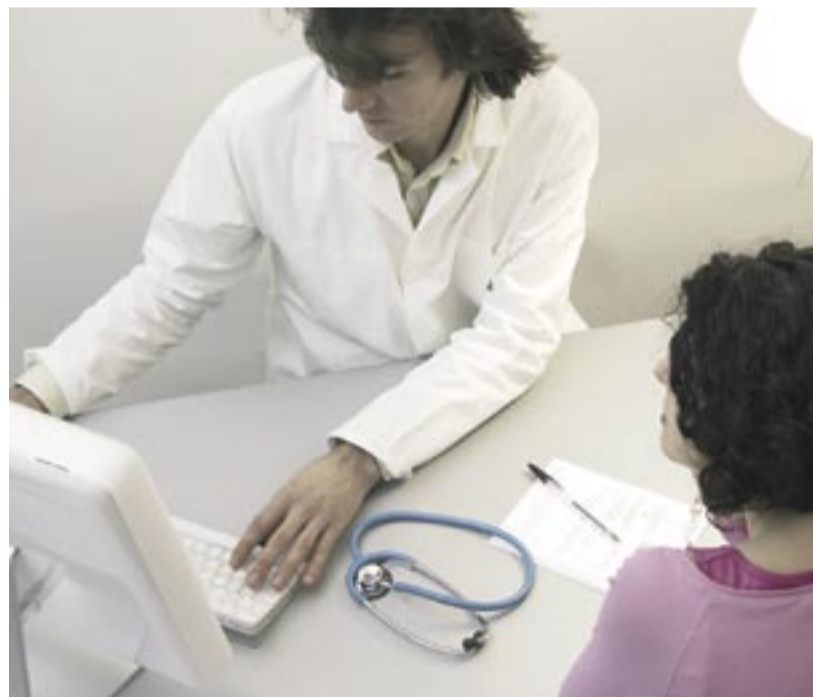
gungen, die an die Stiftung ausgeschüttet werden, sind ebenfalls steuerfrei. Seit kurzem unterliegen auch die leistungsfreiesten Einkommensarten – Erben und Beschenktwerden – keiner Steuerpflicht mehr.

Reich macht Arm ärmer. Wäre die bevorzugte Behandlung von Kapital- und insbesondere von Einkommen aus Finanzvermögen bloß ein Verstoß gegen landläufige Gerechtigkeitsvorstellungen – sie wäre zu verkraften. Sie hat aber Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftssystem, die bestehende Ungleichheiten immer mehr verschärfen und letztendlich den gesamten gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben. Weil die hohen Zinserträge nicht ausreichend besteuert werden, investieren Unternehmen zunehmend in Finanz- statt in Produktionsanlagen. Von 1992 bis 2003 stiegen die Bruttobetriebsüberschüsse inklusive

► Lesen Sie weiter auf Seite 3

Gesundheitsreform:

Ökonomisierung, wohin man blickt S. 10-11



Jetzt KORSO BESTELLEN!
unter www.korso.at

Gespräche mit, Kommentare von, Interviews mit ... Christian Felber, Elke Edlinger, Gregor Hammerl, Claudia Klimt-Weithaler, Kurt Flecker, Edith Zitz, Rainer Possert, Barbara Gross, Kurt Kancler, Sandra Amberger Ferreira, Wulf Dietrich, Monika Tatzl, Wolfgang Routil, Barbara Jezdik, Isabella Holzmann u.v.a.m.



Graz: Bedarf an Sozialleistungen steigt

S. 7

Raus aus der Box

S. 14

InterACT: „Theater“ um Armut zeigt Wirkung und macht Politik

S. 15



„Hunger auf Kunst & Kultur / Steiermark“ – Der Kulturpass

Um die „regionale Nahversorgung“ mit Kunst und Kultur sicherzustellen, ist die Aktion „Hunger auf Kunst & Kultur / Steiermark“ bemüht, auch in den steirischen Bezirken ein dichtes Netz an Partnerorganisationen zu knüpfen. So konnten in den letzten Wochen wieder mehrere Organisationen in den Bezirken Leibnitz, Deutschlandsberg und Feldbach für die Mitarbeit gewonnen werden.

Besonders wichtig dabei ist die Vernetzung der sozialen und karitativen Einrichtungen mit den Partnerorganisationen aus Kunst und Kultur. Denn: „Hunger auf Kunst & Kultur / Steiermark“ ist eine Aktion, die die Solidarität in den Vordergrund stellt. Solidarität mit jenen, die sich Kunst und Kultur – oft auch nur vorübergehend – selbst nicht leisten können. Aber: auch Menschen, die wenig ha-



ben, haben ein Recht auf Kunst und Kultur. Deshalb gibt es diese Aktion. Und den Kulturpass.

Den Kulturpass gibt es bei über 70 sozialen und karitativen Einrichtungen in der Steiermark. Er ermöglicht Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen den Besuch von Ausstellungen und Konzerten, Theater- und Opernaufführungen und vielem mehr. Und zwar kostenlos, weil die Partnerorganisationen aus Kunst und Kultur mit viel Engagement und Initiative das Geld für diese Karten organisieren. Über Spenden von Pri-

vatpersonen und über Sponsorgelder von Institutionen und Unternehmen. Denn eines sollen diese Karten auf keinen Fall sein: Eintrittskarten zweiter Wahl.

„Jetzt, wo ich mein wenig Geld vor allem für meine Kinder brauche, nehme ich dieses Angebot gern an. Es ist so wichtig, auch ins Theater gehen zu können. Schließlich kann man als Zuschauer die komischen, grotesken und dramatischen Dinge des Lebens einmal von Außen betrachten!“, so Herr P., Kulturpassbesitzer

Detaillierte Informationen: Hunger auf Kunst & Kultur / Steiermark
8010 Graz | Brockmannngasse 5/I
Tel. +43.316.827 122
www.hungeraufkunstundkultur.at/steiermark
info@culture-unlimited.com

Gegen Hunger und Arbeitslosigkeit auf dem Laufsteg

Welthaus und Caritas der Diözese Graz-Seckau veranstalteten Mitte Mai eine Benefizmodenschau zugunsten von sozial benachteiligten Menschen in Österreich und in Brasilien. Die Models, KR Hans Roth (Fa. Saubermacher) Hans-Jörg Langer (Bank Austria), Landesrätin Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath, Konsulin Edith Hornig, Vizebürgermeisterin der Stadt Graz Lisa Rucker, GRAWE Präsident Franz Harnoncourt-Unverzagt, Schwimmerin Uschi Profanter, Sigrid Maurer (ORF), Nationalratsabgeordnete Ridi Steibl, Tina Kern-Theissl (Tanzschule Kern-Theissl), Angelika Kresch, (Fa. REMUS), Generalsekretär der Katholischen Aktion Steiermark Mag. Rolf Spiegel, Präsidentin der KA Steiermark DI Sabine Pelzmann-Knafl und Geschäftsführer Welthaus Graz Mag. Dietmar Schreiner sowie Welthaus-ReferentInnen aus aller Welt haben sowohl eigene Kleidung als auch Kleidungsstücke aus dem Carla-Laden der Caritas präsentiert. Der



Über den Spendenerlös freuen sich Mag. Franz Walil (Caritas Carla), Mag. Dietmar Schreiner (Welthaus), Moderator Jörg Martin Willnauer und Caritas Generalsekretärin Mag.^a Edith Pfeiffer.

Erlös aus dem Verkauf fließt in Projekte von Welthaus („Land und Wasser für Brasiliens Kleinbauern“) und der Caritas (WerkStart Graz). Durch den äußerst gelungenen Abend führte Jörg-Martin Willnauer.

Infos und Kontakt: Dr.ⁱⁿ Claudia Kompacher, Tel.: 0316/ 32 45 56-18, E-Mail: claudia.kompacher@welthaus.at

Barrierefreier Urlaub

„Es ist wichtig und erfreulich, dass unser Angebot im Bereich ‚Steiermark für alle‘ kontinuierlich steigt und breiter wird“, erklärt Georg Bliem, Steiermark Tourismus Geschäftsführer bei der Präsentation des Urlaubsprospektes „Steiermark barrierefrei erleben“. In diesem Prospekt werden 107 barrierefreie Unterkünfte, Gastronomiebetriebe und Ausflugsziele in der ganzen Steiermark angeführt, die nach den Kriterien „absolut rollstuhltauglich“, „rollstuhltauglich“ und „eingeschränkt rollstuhltauglich“ aufgelistet sind. „Diese 107 barrierefreien Tourismusanbieter wurden alle überprüft und kategorisiert, damit der Gast die Qualitätssicherheit vorfindet, die er braucht“, so Leo Pürner, Obmann der Behinderten-Selbsthilfe-Gruppe Hartberg. Und LH-Vize Hermann Schützenhöfer betont: „Unser Ziel ist es, Menschen mit speziellen Bedürfnissen ein möglichst unbeschwertes Urlaubsvergnügen in der Steiermark zu gewährleisten. Dafür bieten wir die notwendige fundierte Aufbereitung des Angebots.“
www.barrierefreierurlaub.at

KORSO Sozialforum Aviso

Kongress: Psychisch krank – wohin im Alter?

Die Diakonie Miteinander leben GmbH und die Immanuel Diakonie Group aus Deutschland veranstalten von 23.10. bis 25.10.2008 im Grazer Raiffeisenhof einen internationalen Kongress zum Thema „Psychisch krank – wohin im Alter?“. Zahlreiche Vorträge und Workshops von ExpertInnen aus dem In- und Ausland sowie die Gründung eines internationalen Netzwerkes von Personen und Orga-

nisationen, die sich mit der Wohnversorgung und Betreuung psychisch kranker alter Menschen beschäftigen, stehen auf dem Programm. Der Kongress richtet sich an Menschen aus dem gerontopsychologischen und gerontopsychiatrischen Bereich, PolitikerInnen, VertreterInnen sozialer Dienstleister, GerontologInnen und SozialforscherInnen, ArchitektInnen sowie an Betroffene und deren InteressensvertreterInnen.

Informationen: Mag.^a Doris Petz, Tel.: 0316 / 82 52 66 und www.miteinander-leben.at



Baustelle Körper

Im Rahmen der Kooperation des Frauengesundheitszentrums und des Frauendokumentations- und Projektzentrums (DOKU Graz, Kaiserfeldgasse 27, 8010 Graz) finden in der Reihe „Baustelle Körper“ im Herbst/Winter folgende Veranstaltungen statt:

Schlankheits- und Fitnesskult
Ausstellung und Performance
Fr., 3. Oktober 2008 um 19.00 Uhr im DOKU Graz

Mode
Ausstellung und Modenschau – in Kooperation mit heidenspess und PERVIVA Naturtextilien
Fr., 14. November 2008 um 19.00 Uhr im DOKU Graz

Aviso: Reproduktion
Podiumsdiskussion und Aktion im öffentlichen Raum, Jänner 2009

Informationen: www.fgz.co.at und www.doku.at

Die Welt nach Hause holen

Um andere Länder, Menschen und ihre Kultur kennen zu lernen, können Sie selbst auf Reisen gehen. Sie können aber auch einen jungen Menschen aus einem anderen Land in Ihrer Familie aufnehmen, der im Austausch dafür ein Stück seiner Kultur zu Ihnen nach Hause bringt!

AFS ist die größte und bekannteste interkulturelle Austauschorganisation mit 54 AFS-Partnerbüros auf allen Erdteilen und eine gemeinnützige Freiwilligenorganisation, die mit ihren Programmen Menschen unterstützt, Verständnis, Wissen und Fähigkeiten zu entwickeln, die zu einer gerechteren und friedvolleren Welt beitragen. Weltweit nehmen jährlich rund 10.000 Familien

einen jungen Menschen aus einem anderen Kulturkreis als Familienmitglied unentgeltlich bei sich auf. In Österreich entscheiden sich jedes Jahr etwa 150 Familien für einen interkulturellen AFS-Austausch. Während dieser Zeit lernen die ausländischen Jugendlichen sowie die Gastfamilien, Fremdes zu verstehen und Vertrautes mit anderen Augen zu sehen.

Werden auch Sie AFS-Gastfamilie! Mehr unter www.afs.at



5. Chiala'Afrigas Festival

Woche der Künste, Kulturen und Identitäten afrikanischer Völker
14.-22. Juni 2008

Ausstellung „African Art/ists in Graz“ Eröffnung: Fr. 20. Juni, 13:00 Uhr, Augartenpark Graz, bis 22. Juni



Fest im Augartenpark Graz
Fr. 20. bis So. 22. Juni 2008

Alle Infos zum Programm, den Terminen und KünstlerInnen unter www.chiala.at

IHR ABONNEMENT HAT UNS NOCH GEFERLT.

Dass wir KORSO angesichts der gebotenen Qualität und Vielfalt, die auch auf der Kostenseite ihren Preis hat, weder verschenken können noch wollen, werden Sie verstehen. Wenn Sie diese Ausgabe trotzdem gratis erhalten haben, dann liegt das daran, dass wir Sie damit als Abonnentin/Abonnent werben wollen. Entscheiden Sie sich rasch: Mit einem Abo sichern Sie sich auch schon die nächste KORSO-Ausgabe – randvoll mit spannenden Beiträgen.

WIR SCHENKEN IHNEN EIN BUCH.

Damit Ihnen die Entscheidung leichter fällt, haben wir ein kleines Geschenk für Sie vorbereitet: Für jedes neue Abo (18,- / Jahr für zumindest 15 Ausgaben inklusive Sonderausgaben wie das vorliegende KORSO SozialFORUM) gibt's einen der drei nachstehenden Titel nach Wahl als Dankeschön kostenfrei dazu.

1. Rosina-Fawzia Al-Rawi: Zwischen Tisch und Diwan. Ein (vegetarisches) orientalisches Kochbuch. Wien: Promedia-Verlag, 230 Seiten.
2. Gerald Schöpfer, Peter Teibenbacher: Graz seit 1945. Daten, Fakten, Kommentare. Graz: Leykam, 288 S.
3. Herbert Zinkl: Der doppelte Boden der Wirklichkeit. Merkwürdige Geschichten. Graz: Steirische Verlagsgesellschaft, 216 Seiten

ABONNIEREN IST EINFACH.

Die rascheste Methode: Zahlen Sie EUR 18,- auf das Konto 00000285890 bei der Steiermärkischen, BLZ 20815 ein und vermerken Sie: „Jahresabo“ und die Nummer des gewünschten Buches (also 1, 2 oder 3) als Verwendungszweck. Geben Sie bitte unbedingt Namen und Adresse an – sonst kann Sie das Abo nicht erreichen!

Wir freuen uns auf Ihr Abonnement!

KORSO 6a/2008. P. b. b. Erscheinungsort Graz, Verlagspostamt 8010 Graz.
Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Stenner KEG, Neutorgasse 27/I, 8010 Graz. T (0316) 82 28 83 11, F (0316) 82 28 83 12, www.korso.at. E-Mail: korso@korso.at

Auflage: 20.000. Diese Ausgabe ergeht zur Gänze persönlich adressiert zu einem Großteil an Angehörige sozialer Berufe.
Druck: Leykam. Blattlinie: Informationsmagazin für die Steiermark; Berichterstattung über sozial, wirtschaftlich, ökologisch, demokratiepolitisch und kulturell relevante Themen.

„Die Spitzenverdienerklasse hat sich selbst pragmatisiert“

LHStV Kurt Flecker über Armut und Reichtum – und steirische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung

Eben wurden die Erbschafts- und die Schenkungssteuer abgeschafft, die Stiftungseinkommensteuer wurde von 5% auf 2,5% gesenkt, auf der anderen Seite steigt die Zahl der Sozialhilfeempfänger.

Diese politischen Entscheidungen sind Ausdruck eines falschen Systems. Die Mächtigen wissen ihre Interessen zu wahren, und die ÖVP sieht sich als ihre Lobby. In einer Koalition mit der ÖVP sind solche Steuersenkungen, die den Wohlhabenden zugute kommen, offenbar der Preis dafür, dass die Sozialdemokratie Maßnahmen für die sozial Schwachen durchsetzt – ich sage bewusst „offenbar“.

Wenn man auf Steuereinnahmen genau dort verzichtet, wo Geld zu holen wäre, leistet man einen Beitrag dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgeht.

Ich denke, dass man irgendwann einmal in diesem Europa sagen wird müssen, dieses System funktioniert nicht. Wir haben einerseits einen Markt fetischismus, der die Schwachen an den Rand drängt, auf der anderen Seite verzichtet man aber darauf, dass man den Starken, die auf den Märkten siegen, einen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Schwachen abverlangt.

Die Folge daraus ist der so genannte Leistungsstaat, wobei Leistung aber nur mit den Begriffen Geschwindigkeit und Selbstausschüttungsfähigkeit in Verbindung gebracht und



LH-StV Dr. Kurt Flecker: „Der beste Weg zur Bekämpfung von Armut ist, den Menschen die Möglichkeit zur Arbeit zu verschaffen“

zudem Erfolg nur mehr anerkannt wird, wenn er mit Geld einhergeht. Das sind falsche Bewertungsmaßstäbe und ich hoffe, dass man draufkommt, dass das der falsche Weg ist, bevor es zum Kollaps kommt.

Wobei man sich auch noch fragen muss, ob es wirklich Leistung ist, was da bewertet wird. Managergehälter betragen inzwischen auch in Österreich bis zum Fünzigfachen eines Durchschnittslohnes – in anderen Ländern geht das bis zum Tausendfachen und mehr – und werden nicht einmal reduziert, wenn die Betroffenen Mist bauen.

So ist es, diese Spitzenverdienerklasse hat sich sozusagen selbst pragmatisiert. Im Rahmen der Diskussion um die Senkung der Stiftungseinkangs-

steuer wurde ja auch wieder behauptet, die Leistungsträger müssten Anreize erhalten. Vielleicht sollten diese Herrschaften einmal in eine Glasfabrik gehen und die Arbeiter dort in der Gluthitze werken sehen – leisten die vielleicht nichts?

Die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik sind gering, was die Reichtums- und Armutsproblematik betrifft, sie muss sich auf die Reparatur der Schäden konzentrieren, die durch diese sozialen Schief lagen verursacht werden. Hier haben Sie eine Reihe von Initiativen gesetzt, die deutlich über die bloße Verwaltung von Armut hinausgehen – Wohnbeihilfe, Heizkostenzuschuss, Strombonus.

Bei der Wohnbeihilfe haben wir eine realistischere Herangehensweise gewählt und rechnen einen Betriebskostenanteil mit ein. Das ist für die Betroffenen jetzt ganz besonders wichtig geworden, weil etwa die Heizkosten durch die steigenden Ölpreise gewaltig in die Höhe geschossen sind. Wir haben die Wohnbeihilfe außerdem so gestaffelt, dass vor allem im untersten Bereich deutlich geholfen wird. Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundbedürfnis, das erfüllt werden muss.

Der beste Weg zur Bekämpfung von Armut ist allerdings, den Menschen die Möglichkeit zur Arbeit zu verschaffen. Darum ist mir das Case Management besonders wichtig, mit

dem wir in Bruck begonnen haben und mit dem wir Menschen gezielt und individuell helfen, die Hürden zu überwinden, die ihnen bei der Suche nach Arbeit im Wege stehen – von der Drogensucht über psychische Probleme bis hin zur Schuldenproblematik.

Wegen des Erfolges soll das Case Management nun auch auf Hartberg ausgedehnt werden und später auf die anderen Bezirke der Steiermark. Ich habe dafür gekämpft, dass Case Management im Zuge der Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung österreichweit als Begleitmaßnahme eingeführt wird, das wird mir nicht gelingen, fürchte ich – aber in der Steiermark werden wir es flächendeckend einführen.

Stichwort Mindestsicherung: Es gibt Stimmen, die befürchten, dass die BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung schlechter gestellt sein könnten als heutige Sozialhilfebezieher, nämlich dann, wenn die Wohnbeihilfe in die Mindestsicherung eingerechnet wird.

Meiner Meinung nach lässt die bestehende 15a-Vereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund dies gar nicht zu, da konnte die sozialdemokratische Position durchgesetzt werden. Ich stehe jedenfalls als Garant dafür, dass in der Steiermark die Wohnbeihilfe nicht in die bedarfsorientierte Mindestsicherung eingerechnet wird.

Ad Strombonus: war das die einzige Möglichkeit, der Strompreiserhöhungen Herr zu werden?

Ich glaube, dass der Zug direkt auf die Preise Einfluss zu nehmen, abgefahren ist, und zwar weniger wegen des Miteigentümers EDF als wegen des Aktiengesetzes. Es wurde der einzige noch offen stehende Weg eingeschlagen, den Markt zu korrigieren: Die Einnahmen der öffentlichen Hand, die durch die Preissteigerungen entstehen, werden so umverteilt, dass diejenigen, die durch Preiserhöhungen am stärksten betroffen sind, eine Abfederung erfahren. Genau das ist der Strombonus.

Die Armutsbekämpfung durch das Land erstreckt sich nicht nur auf Direktleistungen wie Wohnbeihilfe, Heizkostenzuschuss und Strombonus, sondern auch auf Unterstützung der Schuldnerberatung, auf Aktivitäten wie Hunger auf Kunst und Kultur etc. ...

Ja, dem vielfältigen Bedarf entsprechend müssen wir auch eine Palette von Leistungen vorhalten. Ein Wort zur Schuldnerberatung: Leider gelingt es uns nicht, die Verursacher in die Finanzierung der Schuldnerberatung einzubinden. Wenn's nach mir ginge, gäbe es schon längst eine Steuer, mit welcher ein gewisser Prozentsatz des Kleinkreditobligos der Kreditgeber in die Schuldnerberatung einbezahlt wird. Das wäre eine Finanzierung nach dem Verursacherprinzip.

► Fortsetzung von Seite 1

Abschreibungen um 60%, die Bruttoanlageinvestitionen aber nur um 37% – die Differenzbeträge tummeln sich auf den Finanzmärkten.

Sinkende Steuereinnahmen und sinkende Lohnquoten bedeuten nicht nur sinkende Mittel für Transferleistungen zur Unterstützung der sozial Schwachen. Durch den Verzicht auf angemessene Besteuerung nimmt der Überhang an anlagewütigem Kapital, das nach Verwertung drängt, weiter

zu, damit steigt der Druck zu weiteren Privatisierungen: Privates Kapital dringt in alle Bereiche der Daseinsvorsorge, des Bildungs-, Gesundheits-, Transport- und Kommunikationswesens ein. Damit werden die Entwicklungen in allen genannten Bereichen der Profitlogik unterworfen. Das bedeutet in der Regel, dass die nicht zahlungskräftige Nachfrage nicht oder jedenfalls schlechter befriedigt wird als die zahlungskräftige: Kinder wohlhabender Eltern können sich auch bei mangelnder Begabung einen Studienplatz an einer privaten Universität

leisten, wenn privatisierte Bahn- oder Busunternehmen unprofitable Strecken einstellen, zahlen jene Familien drauf, die sich kein (Zweit)auto leisten können, ohne (riskante) private Vorsorge besteht bald nur mehr Anspruch auf eine gerade das Überleben sichernde Mindestpension; ohne private Zusatzversicherung sind Zahn-sanierungen unerschwinglich etc. Das bedeutet: Die Wohlstandsschere öffnet sich weiter.

Genug kann nie genügen. Das nach Verwertung drängende überschüssige

Kapital übt aber auch Druck auf die Unternehmen aus – schließlich will es auch dort Renditen sehen, die sich jenen annähern, die am deregulierten Finanzmarkt üblich sind. Damit drückt es die Löhne und setzt Entlassungen und Betriebsverlagerungen auch in jenen Unternehmen durch, die schwarze Zahlen schreiben: Genug kann nie genügen, der Regelkreis, der die Armen ärmer und die

Reichen reicher macht, schließt sich. In der Besprechung des aktuellen Buches von Christian Felber auf den folgenden Seiten finden Sie eine vertiefende Fortsetzung dieser Analyse – und ein paar Überlegungen, wo Politik ansetzen kann, die diesen Teufelskreis nachhaltig durchbrechen will.

Christian Stenner

20. Juni 2008: Weltflüchtlingstag

Seit 2001 trägt der 20. Juni offiziell die Bezeichnung „Weltflüchtlingstag“, verliehen vom UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR.

In der Steiermark leben derzeit rund 3700 Flüchtlinge, großteils aus Russland, Ex-Jugoslawien, der Türkei, Nigeria und Armenien. Die EU-Verordnung von Dublin von 2003 besagt unter anderem, dass Asylanträge nur im ersten sicheren Land möglich sind. Seitdem diese Verordnung wirkt, ging die Zahl der AsylwerberInnen um die Hälfte zurück. Derzeit leben in der Steiermark 6% Nicht-Österreicher einschließlich aller EU-Bürger, rund 10% aller Steirer haben einen persönlichen Migrationshintergrund. Auf Initiative von LH-Stv. Kurt Flecker und LRin Bettina Vollath

wurde vor wenigen Wochen eine ressortübergreifende Integrationsplattform unter der Teilnahme und Leitung von NGO's gegründet. Die TeilnehmerInnen haben Caritas-Präsident Franz Küberl zu ihrem ersten Vorsitzenden gewählt.

Kurt Flecker: „Die Integrationsplattform wird aktiv an einer Verbesserung der Integration in unserem Land arbeiten. Sie wird kein Folgsamkeitsbeirat wie im Bund sein, sondern direkt an die Politik herankommen, auch öffentlich wirken und eine Bewusstseinskampagne durchführen. Ich freue mich über die hochkarätige Zusammensetzung und den einstimmig gewählten Vorsitz und erwarte viel von dieser neuen Chance für ein gelungenes Zusammenleben.“



Ausgrenzung

„Die einen werden reicher, indem sie die anderen ärmer machen“

Nach den „130 Vorschlägen für eine bessere Welt“, die Ende 2006 erschienen sind und heuer bereits ihre 6. Auflage erleben, hat ATTAC-Österreich-Mitbegründer Christian Felber nun einen Folgeband herausgebracht, der sich „Neue[n] Werten für die Wirtschaft“ widmet. Das Ziel seiner Überlegungen: Ein ökonomisches System, das der Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen und nicht der ewig wiederholten Erzeugung und Verschärfung sozialer Schieflagen dient.

Eine um einige zusätzliche Überlegungen erweiterte Buchbesprechung von Christian Stenner.

Die Freiheit, die sie meinen. Bei der Suche nach „neuen“ Guidelines für ein sozial und ökologisch vertretbares Wirtschaften gilt es, wie der Autor bereits im ersten Kapitel über die „Freiheit“ feststellen kann, oft nur die Ideologen des Wirtschaftsliberalismus beim Wort zu nehmen. Von Adam Smith bis zu den Dokumenten der Europäischen Union steht ja die Freiheit im Zentrum der ökonomischen Tätigkeit; was allerdings bei ersterem noch als gutgläubiger philosophischer Theoretiensatz zum Anbeginn einer neuen Ära durchgehen mag, verkommt im Lichte von mehreren hundert Jahren kapitalistischer Entwicklung zu purem Zynismus (oder zu den „vier Freiheiten“ des Binnenmarktes). Stellt man die unterschiedlichen Teilnahmevoraussetzungen am Markt – verursacht durch Herkunft, ererbtes Vermögen, unterschiedliche Bildungschancen etc. – in Rechnung, so wird rasch klar: Der/die eine hat die Freiheit, darüber zu entscheiden, ob er/sie seine/ihre Arbeitskraft verkaufen



Hohe Produktivität führt unter kapitalistischen Bedingungen zu Arbeitslosigkeit statt zur Arbeitszeitverkürzung für alle.

gekehrt“ (27) – der Markt produziert strukturell Ungleichheit, die Macht der einen und die Ohnmacht der anderen. Die Freiheit der Sonntagsreden reduziert sich am Werktag zur Freiheit der einen, die anderen auszubeuten, könnte man flapsig formulieren.

Umverteilung auf allen Ebenen – von unten nach oben. Weil dem Markt im Zeichen der Freiheit auch auf globaler Ebene immer weniger Schranken auferlegt werden, dreht sich die Spirale „aus wachsenden Machtgefällen und Ungleichheiten“ (28f.) immer schneller. Man kennt die Zahlen und ist doch immer wieder verblüfft: „Die Zahl der globalen Milliardäre stieg 2006 laut Forbes Magazine um 23 Prozent. Noch stärker stieg ihr Vermögen – um 35%.“ Da dieser Zuwachs weit über dem der Weltwirtschaft liegt, ist klar, dass es

Weltvermögens, während die Hälfte der Menschheit sich ein Prozent teilt“. 80% der Menschen leben weltweit in Ländern, in denen die Ungleichheit in den 90er Jahren zugenommen hat, in den USA sanken die Einkommen der durchschnittlichen Mittelschichtsfamilie zwischen 1999 und 2004 um 1500 US-Dollar. (78f.) Dass in Österreich die (bereinigte) Lohnquote am Gesamteinkommen von 1975 (80%) bis 2007 um nahezu 15% gesunken und die Gewinnquote entsprechend gestiegen ist, liefert auch einen Hinweis darauf, zwischen welchen gesellschaftlichen Gruppen die Umverteilung von staten geht. Die Nettoeinkommen der unselbständig Beschäftigten lagen in unserem Land 2006 gleich hoch wie 1992, während im gleichen Zeitraum das Bruttosozialprodukt um 37% gestiegen ist (79). Wäre der Verteilungsschlüssel zwischen Kapital und Arbeit in all diesen Jahren wenigstens gleich geblieben, gäbe es auch kein Problem mit der nötigen Anhebung von Pensions- und Krankenversicherungsbeiträgen zur Finanzierung eines solidarischen Pensions- und Gesundheitswesens.

Die Lebenslüge des Kapitalismus. Der zweite „Wert“ der kapitalistischen Wirtschaftsweise, dem sich Felbers Buch widmet, ist der „Erfolg“ – über die Unschärfe dieses Begriffs und darüber, dass er keinesfalls mit „Leistung“ verwechselt werden darf, haben Martin Schürz und Beat Weber in ihrem jüngst bei Nausner & Nausner erschienenen „FastBook“ über „Das Wissen vom Geld“ nachdrücklich gezeigt. Wirtschaftlicher Erfolg misst sich nicht etwa daran, ein besonders innovatives Produktionsverfahren oder auch nur eine besonders effiziente neue Organisation der Produktion erfunden und eingeführt zu haben – dafür bliebe heute unter dem Druck der Forderungen des Finanzkapitals nach Renditen nicht wirklich Zeit. Henry Ford hat vor einem Jahrhundert fünf Jahre gebraucht (1908 bis 1913), um die Fließbandproduktion zu entwickeln, die in den Industriestaaten die Ära der kostengünstigen Massenproduktion

einleitete und damit einen gewaltigen Produktivitätsschub verursachte. Heute wäre ein solcher von langer Hand vorbereiteter Schritt kaum mehr möglich: Der Schreiber dieser Zeilen weiß aus sicherer Quelle, dass bei Magna Abteilungsleiter, deren Einheit unter 15% jährliche Rendite bringt, in großen Erklärungsnotstand gegenüber ihren Vorgesetzten geraten – eine Vorgabe, die unerfüllbar wird, wenn über größere Zeiträume geplant wird. Diesem Wandel des Erfolgsbegriffes zufolge wird ein Unternehmer wie Dietrich Mateschitz, der durch ein geschicktes Marketingkonzept ein nahezu zum Nulltarif herstellbares Getränk mit extremen Gewinnspannen verkauft, von Politik und Medien als extrem erfolgreicher Muster-Unternehmer hofiert. Seine unternehmerische Aktivität generiert allerdings im Gegensatz zu jener Fords (der ja selbst ein Vermögen von 180 Mrd Dollar ansammelte und als siebentreichster Mann der gesamten Menschheitsgeschichte 1947 verstarb) nicht mehr den mindesten gesellschaftlichen Fortschritt – und hat ihrem Urheber doch auch ein Vermögen von angeblich über 5 Mrd Euro verschafft. Weil schön langsam dem Dämmsten zu dämmern beginnt, dass die höchsten Einkommen jene sind, die am wenigsten mit Leistung zu tun haben – eine besondere Stelle nehmen dabei die Einkommen aus Finanzvermögen ein – kriert die herrschende Ideologie eine Kausalkette, der sich niemand verschließen kann: „Unternehmerischer Erfolg ist gleich Wohlstand für alle“ (58) – oder, in den Worten der WKO: „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s allen gut.“

Aber: Die Realität hält sich leider nicht an die Konstrukte neoliberaler Ideologieproduzenten. Zum einen wird ein immer kleinerer Anteil der Gewinne in die Unternehmen reinvestiert – „Gewinne und Investitionen laufen seit den 80er Jahren auseinander“, sagte der deutsche Ökonom Joachim Bischoff kürzlich bei einem Vortrag in Graz, eine Folge der kapitalmarktfreundlichen Regelungen, die seit damals zunehmend wirksam

werden – zum anderen gilt: „Gerade jene Kapitalgesellschaften, die die höchsten Gewinne machen, minimieren gleichzeitig ihren Beitrag zum Gemeinwohl: Sie bauen Arbeitsplätze ab, lobbyieren gegen soziale Sicherungssysteme und vermeiden Steuern, wo es nur geht.“ (58). Die Annahme, dass der auf den individuellen Egoismus gestützte „Erfolg“ der gesamten Gesellschaft nütze, sei die „Lebenslüge des Kapitalismus“.

Unternehmerischer Erfolg vernichtet Arbeitsplätze – könnte man angesichts der von Felber aufgezählten Beispiele salopp formulieren (zumindest wenn mit dem Begriff „Erfolg“ im Sinne seiner neoliberalen Umdeutung die möglichst effiziente Kapitalverwertung gemeint ist): Die BA/CA baut trotz eines Gewinnssprungs von 1,3 auf 3,3 Mrd Euro weiterhin jährlich vier bis fünf Prozent der Beschäftigten ab, bei der Allianzversicherung müssen trotz Rekordgewinnsprungs von 4,4 auf 6,5 Mrd Euro 7500 Beschäftigte gehen – und die Vorstandsgehälter stiegen 2006 um über 30 Prozent. Conti schloss 2002 sein profitables Werk in Traiskirchen und ein weiteres in Schweden und verbuchte im gleichen Jahr (und in allen folgenden) einen Rekordgewinn. Palmers erzielte 2006 laut eigenen Aussagen „das beste Ergebnis seit Jahren“ und stellte das Entlohnungssystem so um, dass MitarbeiterInnen auf 20% ihres Gehaltes verzichten (66f.).

Profitstreben sticht ökosoziale Regulierung – das war nicht immer so. Die Hoffnungen jener, die angesichts dieser Fakten nach wirksameren Regeln für das kapitalistische Wirtschaften rufen, teilt Felber nicht, im Gegenteil: „Das Ja zu einer globalen Konkurrenz zwischen gewinnorientierten (eigennützigen) Unternehmen und der Ruf nach einer sozialen und ökologischen Regulierung derselben sind ein peinlicher Widerspruch, weil sich global gewinnorientierte Akteure mit ihrer ganzen Macht gegen jede Regulierung zur Wehr setzen“ (82f): Der Kapitalismus lasse sich nicht „regulieren und einhegen“, sondern instrumentiere die Nationalstaaten und die Demokratie für sein Ziel – die Freiheit des Kapitals, sich auf Kosten aller anderen Ziele zu vermehren. (83) Aktuell stimmt diese Diagnose zweifellos; für die Ära von der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts – also vor der Freigabe der internationalen Wechselkurse und der bewussten Deregulierung der Finanzmärkte – ist sie allerdings nicht gültig. Die lange Periode des Aufschwungs war einem relativ streng regulierten Kapitalismus zu verdanken; Gewinne wurden zumindest zu einem gewissen Ausmaß zu den Arbeitenden umverteilt, damit wurde die Nachfrage stimuliert, Investitionen waren lohnender als Finanzanlagen und Spekulation, weil die Zinsen niedrig gehalten wurden.



Die reichsten zwei Prozent der Weltbevölkerung besitzen heute 51 Prozent des Weltvermögens, während die Hälfte der Menschheit sich ein Prozent teilt.

will (oder kann wenigstens gute Bedingungen erzielen), der/die andere hat diese Freiheit nicht und kann froh sein, wenn der gewährte Lohn zum Leben reicht. Daher gilt: „Ökonomische Ungleichheit führt zu Unfreiheit und um-

sich dabei nicht um Reicher-Werden, sondern um Bereicherung handelt: „Die einen werden reicher, indem sie andere ärmer machen“ (29): „Die reichsten zwei Prozent der Weltbevölkerung besitzen heute 51 Prozent des



Minderleister mit astronomischen Gagen. Eines der zentralen Verdienste von „Neue Werte für die Wirtschaft“ besteht darin, dass Felber mit guten Argumenten eine ganze Reihe ideologisch aufgeladener Eckpfeiler des kapitalistischen Wirtschaftssystems demontiert: Für Effizienz und Leistung gebe es allen Erkenntnissen der Neurowissenschaft zufolge wesentlich stärkere positive Motivationen – „Anerkennung, Wertschätzung, Zuwendung und Zuneigung“ – als die negative extrinsische Motivation durch den *Wettbewerbsdruck*; im Gegensatz zu landläufigen Meinungen kann *Wettbewerb* sinnvolle Innovationen verhindern (etwa die Entwicklung von lebensrettenden Medikamenten gegen Epidemien in armen Ländern) und auf der anderen Seite sinnlose bis gefährliche Innovationen generieren – von überflüssigen Konsumprodukten bis zur Gentechnologie. Noch schärfer demontiert der Autor den Leistungsbegriff. Dabei greift er nicht nur auf die ohnehin zur Genüge bekannten Beispiele himmelschreierender Diskrepanz zwischen vorgegeblicher Leistung und realer Entlohnung zurück (Jürgen Schrempps Leistung habe etwa darin bestanden, dass er den Wert von Daimler-Chrysler um 25 Mrd Dollar verringert habe – dafür wurde er mit Aktienoptionen belohnt, die Mitte 2007 50 Mio Euro wert waren), sondern erkennt Leistung als gesellschaftlich-



Daimler-Manager und KFU-Ehrendoktor Jürgen Schrempp (nach einem Bild von Jürgen Grässlin): 50-Millionen Bonus für den „schlechtesten Manager des Jahres 2004“

chen Faktor, der niemals von einem Individuum allein erbracht werden kann. Schmankerl am Rande: Schrempp wurde 2003 zum Ehrendoktor der Grazer Universität gemacht, Rektor Alfred Gutschelhofer (ein Betriebswirt) nannte ihn damals „einen der ganz großen Manager der Welt“ – sein Fachkollege Ekkehard Wenger von der Würzburger Uni allerdings schon ein Jahr zuvor in der „Welt am Sonntag“ einen „Dauerversager, der das Geld der Aktionäre verzockt.“ Die Business Week kürte Schrempp 2004 zum „schlechtesten Manager des Jahres“.

Die Supermarktkassiererin zahlt mehr als der Millionär. Verschärfend wirkt, dass die Minderleister auch noch mit Steuerprivilegien belohnt werden: Eine zentrale Rolle beim Zustandekommen der immer stärkeren sozialen Schieflage spielt die Tatsache, dass die steuerliche Belastung von Vermögen immer geringer wird – in Österreich zuletzt durch

die Abschaffung der Erbschafts- und der Schenkungssteuer und die Halbierung der Stiftungseinkangssteuer auf 2,5%. Das leistungsfreieste aller Einkommen – die Erbschaft – wird nun überhaupt steuerfrei gestellt. Der sukzessive Verzicht auf die Vermögensbesteuerung leistet auf der Einnahmenseite einen zentralen Beitrag zum Budgetdefizit, liefert damit einen zusätzlichen Grund für den Verkauf jener Reste an öffentlichem Eigentum, welcher der Privatisierung bis jetzt entgangen ist, vergrößert damit den Überhang an „anlagewütigem Kapital“, das nach Verwertung drängt, aus diesem Grund weitere Deregulierungs- und Privatisierungsschritte fordert und die Spekulationsblasen vergrößert, die – wie die US-Subprime-Krise eben vorgeführt hat – mit nicht zu übersiehenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft zu platzen pflügen. Mangelnde Steuereinkommen machen aber auch Druck auf die Transferleistungen für sozial Schwache und untergraben u.a. die Finanzierung des teilweise aus dem Steuertopf bezahlten öffentlichen Gesundheitswesens und anderer öffentlicher Aufgaben – was zu einer weiteren Verschärfung der gesellschaftlichen Ungleichheit führt, weil dieses Leistungen dann privat erworben werden müssen. Das Fehlen jeglicher spürbarer Vermögensbesteuerung führt schließlich auch dazu, dass die Supermarktkassiererin prozentuell mehr von ihrem Gehalt an den Staat abführt als der Millionär: Zum einen, weil sie faktisch ihr gesamtes Einkommen in den Konsum stecken muss, der in jedem Fall mit 20% Mehrwertsteuer belastet ist, zum anderen, weil die Existenz der Höchstbeitragsgrundlage bei der Sozialversicherung degressiv wirkt.

Standortwettbewerb: The big stick. In Übereinstimmung mit den Positionen, die kürzlich Joachim Hirsch in einem Interview mit dem Autor dieses Beitrags vertreten hat, sieht auch Christian Felber die permanente Drohung mit dem Standortwettbewerb als eine Art kalten Staatsstreichs: „Im Ausnahmezustand der globalen Konkurrenz darf man – zum Wohl der Bevölkerung – alle demokratischen Errungenschaften außer Kraft setzen. Man darf Löhne kürzen, soziale Sicherheit abbauen, den Reichen die Steuern erlassen, öffentliche Güter privatisieren und Arbeitszeiten verlängern. Was – ohne globale Drohkulisse – nie und nimmer demokratisch mehrheitsfähig wäre, lässt sich mit dem Hebel der ‚Standortsicherung‘ geschmeidig durchpressen.“ Nun kann man zwar zu Recht die Tatsache in Erinnerung rufen, dass die „globale Drohkulisse“ kein Naturgesetz ist, sondern dass die Profiteure der Globalisierung eine Form der Regulierung durchgesetzt haben, die der Verwirklichung ihrer Interessen dient und die von diversen Freihandelsabkommen bis hin zur international abgesicherten Möglichkeit für Konzerne reicht, Staaten wegen der „Behinderung von Wettbewerb“ anzuklagen. Und der Vorschlag, die EU – dass dies für Einzelstaaten keinen Sinn macht, erkennt Felber völlig richtig – solle aus diesem

System aussteigen und ein neues Außenhandels-Regime installieren, das nur Güter „einreisen“ lässt, die unter Bedachtnahme auf soziale und ökologische Standards erzeugt wurde, ist zweifellos überlegenswert: Immerhin werden 90% der in der Union produzierten Güter auch hier konsumiert, die Exportabhängigkeit der Wirtschaft hält sich trotz der politischen Prädominanz der exportorientierten Konzerne zum Glück noch in Grenzen, Sanktionen etwa von Seiten der USA wären verkräftbar, allerdings würden wohl die Preise für Importprodukte aus Ostasien kräftig ansteigen – was im Sinne eines nachhaltigeren Wirtschaftens nicht unbedingt von Nachteil wäre. Ohne Zweifel müsste diese Entscheidung aber von einer Reihe weiterer begleitet werden – etwa von einer Re-Orientierung der Exportwirtschaft auf die europäischen Märkte und von Maßnahmen zur Verhinderung von Kapitalflucht.

„Parecon“ – eine Kopfgeburt? Aber: Wer die Akteure sein sollen, die diese und alle anderen Transformationen durchsetzen sollen, die der Autor vorschlägt – von der Einrichtung ‚moderner Allmenden‘ (einer neuen Form des Gemeineigentums) über das Verbot, höhere Gehälter auszuzahlen als das Zwanzigfache des Mindestlohnes bis zu einer Begrenzung des Privatvermögens auf maximal 10 Mio Dollar, bleibt in den Überlegungen ausgespart, ebenso die Frage, wie diese AkteurInnen denn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändern sollen. So erscheint das von Felber als Alternative zum Kapitalismus ins Spiel gebrachte Modell der „Parecon“ – der von Michael Albert und Robin Hahnel erdachten „partizipativen Ökonomie“, von deren Radikalität Felber allerdings kräftige Abstriche macht (etwa in der Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln) – trotz seiner gut argumentierten Überlegenheit gegenüber dem profitorientierten Kapitalismus ein wenig als Kopfgeburt und nicht als logische historische Entwicklung auf bestehenden handfesten materiellen Grundlagen.

Mitten im Kapitalismus entstehen die Bedingungen einer solidarischen Gesellschaft. Der gesellschaftliche Fortschritt wird allerdings nicht am Reißbrett erdacht, und glaubwürdig sind Alternativmodelle auch nur dann, wenn sie an Bestehendem anschließen können – so wie sich die kapitalistische Produktionsweise inmitten der feudalen Gesellschaft zu entwickeln begann, deren Widersprüche vertieft und sie schließlich stürzte. In der Tat hat die aktuelle Wirtschaftsweise eine Reihe von Merkmalen entwickelt, die über sie hinausweisen. Hier sollen nur skizzenhaft vier davon dargestellt werden: So wird der allergrößte Teil der wirtschaftlichen Tätigkeiten nicht über den Markt vermittelt, sondern läuft nach gut organisierter Planung innerhalb der Konzerne ab – und das schließt natürlich alle Zulieferunternehmen mit ein, die nach Verträgen und nicht für einen Markt produzieren;

90% ökonomisch mit modernen Methoden geplanter Rationalität stehen 10% Markt-Irrationalität gegenüber. Planung ist in der Wirtschaft die Regel, der Markt die Ausnahme. Zum Zweiten sind die Beschäftigten tendenziell immer besser ausgebildet und deswegen auch potenziell zunehmend in der Lage, an der Führung des Unternehmens mitzuwirken – vor



Unternehmerischer Erfolg gefährdet Arbeitsplätze: Demo gegen die Verlagerung des Nokia-Werkes Bochum nach Rumänien

dem dann, wenn Managemententscheidungen nicht auf die Durchsetzung der Interessen der Shareholder reduziert werden, sondern reale Verbesserungen der Produktqualität, der Produktivität, aber auch der Arbeitsbedingungen zum Inhalt haben. Wenn selbst verwaltete Unternehmen in der Vergangenheit scheiterten, war dies zumeist auf fehlendes Kapital, schwierige rechtliche Rahmenbedingungen und offene Feindschaft von Seiten von Unternehmervertretungen und Politik und nicht auf die Unfähigkeit der MitarbeiterInnen zur Unternehmensführung zurückzuführen. Ein immer wieder zitiertes Beispiel für erfolgreiche Selbstverwaltung ist der baskische Mondragon-Konzern, der inzwischen 76.000 Personen beschäftigt. Zum Dritten spielt die massive Verbreitung moderner Informationstechnologien schon jetzt eine zentrale Rolle bei der Allokation von Kapital und kann mithelfen, den Markt durch demokratisch organisierte Planung zu ersetzen. Wenn Online-Wahlen möglich sind, dann sind es auch Online-Abstimmungen über die Produktion bestimmter Konsumgüter, die Vorbestellungen gleichkommen. Dass die Verbraucher damit überfordert wären, ist nicht anzunehmen – die Zahl der Produkte, um die es dabei gehen kann, ist ziemlich enden wollend, wenn man davon ausgeht, dass sich mündige KonsumentInnen die ermüdende Auswahl zwischen hundert mp3-Playern mit exakt gleichem Innenleben, aber unterschiedlicher Plastikornamentik oder zwischen zehn gleich schmeckenden Joghurts unterschiedlicher Marken ohnehin ersparen wollen. Die Allokation der Ressourcen für die Produktionsgüter ist ja dann nur mehr eine Folgeentscheidung, die nicht extra getroffen werden muss.

Mehr Zeit für Demokratie und Liebe. Das vierte und vielleicht wichtigste Merkmal ist die Tatsache, dass die zur

Produktion des gesamten Güterbedarfs nötige Arbeitszeit aufgrund des Wachstums der Produktivität kräftig gesunken ist – z.B. in Deutschland laut Statistischem Bundesamt allein zwischen 1991 und 2006 um durchschnittlich 22,5%, in Österreich zwischen 1995 und 2007 um 15,6%. Umso frappierender ist in diesem Licht die Verschwendung menschlicher Arbeit durch das kapitalistische System, die darin gipfelt, dass die geforderte Arbeitszeit (nicht die reale, die sinkt durch Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit ohnehin) steigt statt weniger wird. Es gibt unterschiedliche Berechnungen, wie hoch die wöchentliche Arbeitszeit bei Aufrechterhaltung des aktuellen Lebensstandards ausfallen würde, wenn die Irrationalitäten des Wettbewerbsystems (dauernde Kapitalvernichtung durch die Konkurrenz, Überproduktion von Gütern inklusive deren Vernichtung, Überstunden für die einen, erzwungene Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitslosigkeit für die anderen, mit dem Ende der Konkurrenzwirtschaft überflüssige Tätigkeiten wie Marketing, Kriegspielen etc.) wegfiele und die verbleibende Arbeit auf alle aufgeteilt würde – 20 Wochenstunden sind da schon eine extrem konservative Schätzung. Wer wollte, könnte sich also zehn Stunden in der Woche um die Angelegenheiten „seines“ Unternehmens kümmern, an Diskussionen über gesellschaftliche Entscheidungen und auch an deren Umsetzung teilnehmen – und hätte noch immer zehn Stunden mehr Zeit als heute für Hobbys, Sport, Weiterbildung, Beziehungspflege, ehrenamtliche Tätigkeiten, Nachbarschaftshilfe ... und die Liebe. Die objektiven Bedingungen dafür sind vorhanden. Das kapitalistische System selbst hat sie hervorgebracht – und ist jetzt im Begriff, seine eigenen Errungenschaften zu zerstören, wenn es nicht daran gehindert wird.



Christian Felber: Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus. Wien: Deuticke 2008, 336 Seiten, 20,50 Euro



Bedarfsorientierte Mindestsicherung: „Wesentliche Verbesserungen“

In genau einem Jahr, mit 1. Juli 2009, soll ein zentraler Reformschritt die Bekämpfung der Armut auf eine solidere Basis stellen: Mit diesem Datum soll die im Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und ÖVP vereinbarte Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Kraft treten.

Welche Anliegen werden mit der Umstellung des bisherigen Instrumentariums aus Sozialhilfe, Notstandshilfe und anderen Unterstützungen auf ein neues System verfolgt? Das Sozialministerium nennt in seinen offiziellen Stellungnahmen an erster Stelle die Harmonisierung der Sozialhilfesysteme der Länder und die Schaffung einheitlicher Mindeststandards – letztendlich also eine Nivellierung der Landessozialhilfe nach oben – wobei es den Ländern überlassen bleibt, zusätzliche Leistungen zu gewähren. Versprochen



Wer die BMS beziehen will, muss dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen; Betreuungspflichten für Kinder über drei Jahren gelten nicht als Hindernis.

werden „wesentliche Verbesserungen“ für die LeistungsbezieherInnen – u.a. durch eine eingeschränkte Vermögensverwertung, den Entfall des Regresses, Verpflichtung zur Erstellung

schriftlicher Bescheide, die Einbeziehung nicht krankenversicherter LeistungsbezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung, die Senkung der Non-take-up-Rate durch die Ver-

legung der Antragstellung zum AMS, was höhere Anonymität gewährt, und die Öffnung der Förder- und Weiterbildungsangebote des AMS für die Betroffenen.

Pflicht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Die Höhe der Leistung orientiert sich am Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende und beträgt für diese netto EUR 709,80, die 14 x jährlich ausbezahlt werden – das entspricht einem Betrag von EUR 827,- monatlich. Die BMS wird jährlich an die Ausgleichszulage angepasst. Während Überschreitungen – etwa durch entsprechende Landesgesetze – jederzeit möglich sein sollen, darf eine Unterschreitung nur bei mangelnder Arbeitswilligkeit arbeitsfähiger Personen erfolgen. Ehepaare erhalten 150% des Betrages, jede weitere unterhaltsberechtigte erwachsene Person

im Haushalt 50%, für jedes minderjährige Kind gibt es 18% mehr (ab dem vierten Kind 15%). Personen mit Betreuungspflichten müssen nur dann nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, wenn die zu betreuenden Kinder unter drei Jahre alt sind und keine geeigneten Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, ebenfalls von der Arbeitspflicht ausgenommen sind Personen, die Angehörige betreuen, die ein Pflegegeld von mindestens der Stufe 3 beziehen, sowie Menschen, die Sterbebegleitung oder Begleitung von schwersterkrankten Kindern leisten. Auch für Studierenden sind die Bestimmungen streng: Nur Personen, die in einer vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnenen und „zielstrebig verfolgten“ Ausbildung stehen, haben das Recht, diese zu beenden, ohne den Anspruch auf die Mindestsicherung zu verlieren.

Wie wirksam wird die Bedarfsorientierte Mindestsicherung die Armut in unserem Land bekämpfen? Gibt es Nachbesserungsbedarf? Das KORSO SozialFORUM bat die SozialexpertInnen der steirischen Landtagsparteien um ein kurzes Statement.



LH-StV. Soziallandesrat Dr. Kurt Flecker, SPÖ: „Begleitmaßnahmen sind entscheidend“

Positiv ist, dass es bundesweit zu einer Vereinheitlichung kommt, was die Höhe der Unterstützungsleistung betrifft und dass dem Missstand ein

Ende gesetzt wird, dass es zwei Kategorien von Armutgefährdeten gibt – nämlich Notstandshilfe-BezieherInnen und Sozialhilfe-BezieherInnen: Die Unterstützungsleistung kann in Hinkunft nie geringer sein als die Höhe der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Zudem fällt der Regress weg. Der eingeschlagene Weg ist der richtige, obwohl man einbekennen muss, dass die derzeit festgelegte Höhe noch unter der Armutsgrenze liegt. Ich hoffe aber, dass es diesbezüglich noch zu Verbesserungen kommt. Besonders am Herzen liegt mir die qualitative Verbesserung der Mindestsicherung durch Begleitmaßnahmen wie das Case Management, mit dem Betroffene nach ihren individuellen Hilfebedürfnissen un-

terstützt werden, damit sie wieder arbeitsfähig werden. Ohne solche Maßnahmen besteht die Gefahr, dass die Mindestsicherung zu einer Aussteuer gerät.



LAbg. Mag.^a Edith Zitz, Sozialsprecherin der steirischen Grünen: „Unter der Armutsgrenze“

Positiv an der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist zweifellos, dass sie die Armutsbekämpfung österreichweit einheitlich gestaltet. Zudem werden 19.000 Menschen, die bis jetzt keine gesetzliche Krankenversicherung hatten, eine E-Card bekommen. Bei der Berechnung wird das Partnereinkommen nicht mehr so rigide herangezogen wie bisher. Und schließlich fällt der Regress, also die Pflicht, die bezogene Unterstützung zurückzuzahlen, sobald ein ausreichendes Erwerbseinkommen vorhanden ist. Damit sind wir aber auch schon bei den Kritikpunkten: Für Menschen, die in stationären Einrichtungen untergebracht sind, gilt der Regress weiterhin, ihre Kinder werden zum Rückersatz verpflichtet. Die Höhe der Mindestsicherung liegt unter der Armutsgrenze, damit verdient sie ihren Namen nicht. Es gibt keine Maßnahmen zur Unterstützung jener, die aus verschiedenen Gründen ihre Ansprüche auf Transferleistungen nicht wahrnehmen; das sind vor allem ältere Frauen, aber auch Jugendliche, die sich im Sozialsystem nicht auskennen.

Ungeklärt ist, wer die Arbeitsfähigkeit der BezieherInnen feststellt und ob dabei auch psychosoziale Kriterien ausreichend berücksichtigt werden. Und schließlich gibt es keine Verpflichtung für die Länder, Betreuungs-, Beratungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Zielgruppe anzubieten – die Steiermark macht das derzeit in Bruck und bald in Hartberg freiwillig.



LAbg. Gregor Hammerl, Sozialsprecher der ÖVP Steiermark: „Preiskontrollen wären nötig“

Es ist Aufgabe der Sozialpolitik, die Solidarität und das Gemeinwohl zu fördern, aber ebenso die Eigenverantwortung zu stärken und keine künstlichen Abhängigkeiten zu schaffen. Das sehe ich mit dem vorliegenden Modell der bedarfsorientierten Mindestsicherung prinzipiell erfüllt, aber: Die Absicherung des Lebensstandards mittels eigener Erwerbsarbeit muss Vorrang haben vor dem Bezug einer sozialen Leistung. Das ist derzeit noch zu wenig berücksichtigt. Da ist auch das AMS gefragt, es wird in Zukunft verstärkt die Betreuung der arbeitsfähigen Bezieher der Mindestsicherung übernehmen müssen, um eine möglichst rasche Reintegration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Wir wissen viel zu wenig von der versteckten Armut. Viele Menschen trauen sich gar nicht zu sagen, wie schwer sie mit ihrem monatlich ver-

dienten Geld zusammenkommen. Daher trete ich für Preiskontrollen ein.



LAbg. Claudia Klimt-Weithaler, Sozialsprecherin der steirischen KP: „Etikettenschwindel“

Die Armutskonferenz kritisiert die Bedarfsorientierte Mindestsicherung in ihrer jetzt vorliegenden Form als „Etikettenschwindel“ – dem muss ich mich leider anschließen. Das beginnt damit, dass es dem Ermessen der Länder anheim gestellt ist, ob sie die Wohnbeihilfe in die BMS einrechnen – wenn ja, sind die Betroffenen, wenn sie bis jetzt den Sozialhilfe-Höchstsatz bezogen haben, schlechter gestellt als heute; ganz abgesehen davon, dass die jetzt festgelegte Höhe ohnehin zu niedrig und die BMS damit nicht armutsfest ist und bisher nicht klar ist, ob das Einkommen des Partners nun in die Berechnung mit einbezogen wird oder nicht. Mit der Abschaffung des Regresses wird eine unserer langjährigen Forderungen erfüllt; durch die Abwicklung der BMS über das AMS bzw. über das Land droht aber eine Fortführung der bisherigen Praxis: Viele Ansuchen um Sozialhilfe werden nicht mit einem Bescheid, sondern nur mündlich abgewiesen, womit den Betroffenen jede Einspruchsmöglichkeit fehlt. Als Begleitmaßnahme wäre ein Mindestlohn absolut nötig, damit die BMS nicht zu Sozialdumping führt.

Lehrgang „Sexualassistenz“

Das Projekt „LIBIDA ... mehr Lust im Leben“ hat sich, wie KORSO bereits mehrmals berichtete, zum Ziel gesetzt, in der Steiermark eine Dienstleistung zum Erleben von Sexualität vor allem für Frauen und Männer mit Behinderung zu schaffen. Nach eineinhalb Jahren intensiver Auseinandersetzung mit dieser Idee, dem Bedarf und den rechtlichen Möglichkeiten folgt nun ein erster konkreter Umsetzungsschritt mit dem Lehrgang „Sexualassistenz“.

Zielgruppe für diesen Lehrgang sind Frauen und Männer, die bereit sind ihren Körper und ihr Bewusstsein einzusetzen, um ihren KundInnen zu einem positiven Körpergefühl zu verhelfen, die die Bereitschaft mitbringen, ihre eigene sexuelle Lerngeschichte zu reflektieren und ihre Motivation und Haltung für diese Tätigkeit zu hinterfragen und die die Erfahrung mit Körperarbeit im weitesten Sinne haben.

Kosten: Einstiegsmodul: 50,00 Euro / Lehrgang gesamt: 500,00 Euro (inkl. 10% UST, gestützt vom Land Steiermark)
TeilnehmerInnen: max. 12
Anmeldeschluss: 12. September 2008
Lehrgangsbeginn: 03. Oktober 2008
Lehrgangsende: 20. März 2009
Umfang: 120 Unterrichtseinheiten

Infoveranstaltung zum Lehrgang:
02. Juli 2008, 16 - 18 Uhr
Jugend- und Familiengästehaus Graz, Idlhofgasse 74, 8020 Graz

Information und Anmeldung:
alpha nova Akademie
Dipl. BW (BA) Caroline Knüpper
Römerstraße 92
8401 Kalsdorf
Tel.: 03135 / 56 382-16
Fax: 03135 / 56 382-25
akademie@alphanova.at
www.akademie.alphanova.at

Graz: Bedarf an Sozialleistungen steigt

Mit einer Schwerpunktsetzung bei der Armutsprävention will die neue Sozialstadträtin Elke Edlinger den Besorgnis erregenden Entwicklungen entgegentreten.

Über 133 Mio Euro beträgt das Sozialbudget der Stadt Graz heuer ohne Personalkosten (die machen verhältnismäßig wenig, nämlich ca. 7 Mio aus) – das sind immerhin um 10 Mio oder fast 8,5% mehr als im Rechnungsabschluss 2007 ausgewiesen sind. Von der Stadt selbst müssen allerdings „nur“ ca. 45 Mio davon aufgebracht werden, der Rest wird vom Land Steiermark refundiert oder über andere Einnahmen wie Kostenrückerlässe oder Strafen wieder hereingespielt. 94% der veranschlagten Mittel sind Pflichtausgaben, nur 6% sind für die freie politische Schwerpunktsetzung verfügbar.

Auffallend ist der kräftige Anstieg des Budgetpostens „Sozialhilfe“ in den letzten Jahren – von 13,38 Mio im Jahr 2004 auf im Voranschlag geschätzte 18,26 Mio im heurigen Jahr. „Für eine immer größer werdende Gruppe wird es immer schwieriger, für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen, die steigenden Lebensmittel- und Mietpreise spielen dabei eine besondere Rolle“, sagt Edlinger. Die exorbitanten Preissteigerungen der letzten Monate wurden auf Drängen von Edlinger im Budget 2008 bereits berücksichtigt. „Schon in der letzten Gemeinderatsperiode war wegen des Anstiegs der Pflichtausgaben im Sozialbudget und eines zu knappen Budgetansatzes ein Nachtragskredit nötig – es macht doch keinen Sinn, die soziale Realität zu leugnen, um ein schlankeres Budget vorweisen zu können, das dann doch nicht hält.“



Angebote zur Reintegration in den Arbeitsmarkt will die neue Ressortchefin Elke Edlinger ausbauen.

Die Zunahme des Bedarfs lässt sich auch an der Zahl der unterstützten Personen ablesen: Waren es 2006 noch 736 GrazerInnen, die permanent von der Sozialhilfe lebten, mussten 2007 schon 779 (+5,84%) mit dieser ohnehin knapp bemessenen Unterstützung auskommen – der Höchstsatz für Alleinstehende beträgt heuer 522,- Euro, dazu kommt noch die Wohnbeihilfe. Die Zahl der mitunterstützten Personen ist im gleichen Zeitraum um 22% – von 126 auf 154 – gestiegen; jene der fallweise unterstützten leicht gesunken (von 5464 auf 5163); im Gegenzug ist die Zahl der einmaligen Beihilfen prozentuell stark gestiegen: 2007 benötigten um 9,82% mehr Personen situationsbezogene

finanzielle Unterstützung als 2006, nämlich 3875 statt 3512. Besonders bestürzend ist die Tatsache, dass unter all jenen, die 2007 durch Leistungen aus dem Sozialhilfegesetz unterstützt wurden, 281 Menschen waren, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, deren Einkommen aber unter dem Limit für den Bezug von Sozialhilfe lag; weitere 1070 GrazerInnen bezogen eine AMS-Leistung (Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe), die ebenfalls so gering ausfiel, dass sie zusätzlich Anspruch auf Sozialhilfe hatten.

Mit dem Inkrafttreten der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) Mitte 2009 wird es vermutlich zu einer Ausweitung des Bezieherkreises komme. Die Mindestsicherung kennt nämlich keinen Regress mehr – also die Zugriffsmöglichkeit der öffentlichen Hand auf ein späteres Erwerbseinkommen oder auf jenes von Verwandten in direkter Linie –, damit fällt ein Hindernis weg, den Anspruch auf die Unterstützungsleistung wahrzunehmen, meint Edlinger: „Derzeit beträgt die Non-take-up-Rate, also der Prozentsatz jener, die trotz Anspruchs nicht um Sozialhilfe ansuchen, laut Studien zwischen 40 und 60%, wobei die Zahlen im städtischen Umfeld wahrscheinlich geringer sind – wegen der dort herrschenden Anonymität fällt es leichter, einen Antrag zu stellen.“ Mit einem Anstieg der Kosten für die Stadt – die ja einen Teil davon tragen muss – ist jedenfalls zu rechnen.

Mit der BMS kommen aber noch weitere Aufgaben auf die Stadt zu: Die Unterstützungsleistung ist bei arbeitsfähigen Beziehern an deren Arbeitswilligkeit gebunden. Gleichzeitig bestehen aber bei den Betroffenen oft schwer wiegende Beeinträchtigungen, die eine Teilnahme am Erwerbsleben verhindern. „Wir brauchen abgestufte und auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse der

Betroffenen abgestimmte Angebote zur Reintegration in den Arbeitsmarkt“, sagt Edlinger. Diese Aufgabe – die etwa in Bruck vom Pilotprojekt ‚Case Management‘ erfüllt wird – wird in Graz derzeit vom Verein ERFA (Erfahrung durch



Sozialstadträtin Elke Edlinger „Für eine immer größer werdende Gruppe wird es immer schwieriger, für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen.“

Arbeit) wahrgenommen. Edlinger: „Dieses Angebot will ich ausbauen, weil sonst die Gefahr besteht, dass ein Teil der BMS-BezieherInnen nur armutsverwaltet wird und die Betroffenen nie mehr Perspektiven für ein Leben außerhalb der Armut entwickeln können.“

Prävention, Information, Sozialraumorientierung. Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt der Sozialstadträtin liegt in der Armutsprävention. „Bekanntlich wird Armut genauso vererbt wie Reichtum“, sagt Edlinger. Wer in eine Familie hineingeboren wird, die ihren Lebensunterhalt aus der Sozialhilfe bestreitet, hat beste Chancen, selbst

eine Sozialhilfekarriere einzuschlagen. „Gemeinsam mit ExpertInnen versuchen wir Möglichkeiten zu finden, diesen Teufelskreis zu unterbrechen; dabei werden vor allem Angebote wie Einzelfall-Arbeit oder aufsuchende Hilfestellungen in Betracht kommen.“ Auch der Delogierungsprävention, wie sie etwa die Wohnungssicherung WOG bietet, die von der Caritas betrieben und von der Stadt finanziell unterstützt wird, soll in Hinkunft verstärkt Augenmerk geschenkt werden.

Zur Prävention zählt auch eine bessere Information zu allen Angeboten – hier will Edlinger die Transparenz verbessern und bei den schriftlichen Informationsangeboten auf bessere Verständlichkeit achten. Fortführen will die neue Ressortchefin auch die Arbeiten an der sogenannten „Sozialraumorientierung“ des Angebots ihres Ressorts. Im Wesentlichen geht es dabei darum, dass zum einen Betreuungs- und Beratungsleistungen sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und nicht etwa am Angebot der Ämter orientieren und zum anderen alle verfügbaren Ressourcen – von den ehrenamtlich Tätigen MitarbeiterInnen privater Vereine bis zu den Profis vom Sozialamt – in das Angebot mit einbezogen werden. KritikerInnen lehnen diese

Neuorientierung nicht grundlegend ab, befürchten aber, dass sie unter den aktuellen Sparzwängen zu einer „Ökonomisierung der Sozialarbeit“ führen könnten: An die Stelle professioneller SozialarbeiterInnen und notgedrungen aufwändiger klientenorientierter Tätigkeit könnten dann NGOs mit schlecht bezahlten und wenig qualifizierten MitarbeiterInnen treten, das zentrale Kriterium wäre Kosteneffizienz. Das sei keineswegs ihr Ziel, betont Edlinger: „Ich halte es aber für wichtig, die NGOs von Beginn an in die Organisationsentwicklung der Sozialräume mit einzubeziehen.“

Christian Stenner

SUPPORT WOMEN NOW!
AMERIKANISCHE VERSTEIGERUNG VON KUNSTWERKEN ZUGUNSTEN DES FRAUENHAUSES GRAZ

27. JUNI 2008
UM 18.00H IM KUNSTHAUS GRAZ
ERÖFFNUNG DURCH LISTV. KURT FLECKER

KÜNSTLERINNEN:
Larisa Dellefant / Alfred Brilicka / Erika Löwen-Botter / Beatrix Lenart
Aisel Standinger / Gustav Truger s.a.m.

LESUNG:
Heraus Fritz / Monika Wagnally

MODERATION & VERSTEIGERUNG:
Theater Im Bahnhof

MUSIK:
Susanna Wahl & Gregor Pflanz - Duo (voc & piano)

EHRENSCHUTZ:
Franz Vogl / Hermann Schützenhöfer / Kurt Flecker
Bettina Vellata / Erhard Kalleneberger / Edith Zita
Siegfried Nagl / Lisa Bucker / Elke Edlinger
Doris Eisel-Eiselsberg / Wolfgang Kiedler

IM ANSCHLUSS BUFFET

FRAUENHAUS GRAZ

0316 / 42 99 08

Land Steiermark / Soziales: Ak

In der Steiermark sind laut jüngstem Armutsbericht (2006) rund 150.000 Menschen armutsgefährdet, rund die Hälfte davon ist bereits konkret von Armut betroffen. Besonders gefährdet sind Familien mit mehreren Kindern sowie AlleinerzieherInnen.

Das Schlimme daran ist, dass sich die Menschen am Rande der Gesellschaft fühlen und sich tendenziell immer mehr aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Moderne Sozialpolitik hat die Aufgabe, strukturelle Maßnahmen zu

setzen, um dieser Armut entgegen zu wirken. Durch gezielte Hilfeleistungen soll allen Menschen die Führung eines menschenwürdigen Lebens ermöglicht werden. Sie sollen wieder das Gefühl bekommen, Teil der Gesellschaft zu sein. Im

Sozialbereich wurden in den letzten Jahren viele Maßnahmen gesetzt, die die von Armut gefährdeten Menschen finanziell entlasten und ihnen so ein Leben in Würde erleichtern: Wohnbeihilfe Neu, Heizkostenzuschuss, Strombonus

und die Anhebung der Sozialhilfe. Bei all diesen Maßnahmen geht es aber im Wesentlichen darum, die Betroffenen nicht zu bevormunden, sondern ihnen Chancen und Möglichkeiten zu bieten, ihre Lebensumstände zu verbessern.

Wohnbeihilfe Neu

Ob jung, alt, alleinstehend oder mit Familie: Wohnen ist ein wichtiges Grundbedürfnis und muss daher für alle Menschen leistbar sein – ein wesentliches Argument, warum im Herbst 2006 die Wohnbeihilfe Neu eingeführt wurde. Das Modell ist so ausgelegt, dass auch für MieterInnen mit geringen Haushaltseinkommen Wohnen erschwinglich wird. Die Einkommensgrenzen sowie die ausbezahlten Beträge wurden ausgeweitet und erstmals werden auch die Betriebskosten gefördert. Die Wohnbeihilfe berechnet sich aus Einkommen und Wohnungsgröße. Durch die neu gesetzten Rahmenbedingungen steigt die Förderung pro Haushalt im Durchschnitt um 43 Euro pro Monat. Allein im ersten Jahr wurden 36.000 Anträge bewilligt. Heute beziehen rund 37.270 steirische Haushalte die Wohnbeihilfe Neu.



37.270 steirische Haushalte beziehen Wohnbeihilfe

Informationen zur Wohnbeihilfe gibt es bei den steirischen Gemeindeämtern, beim Wohnbeihilfenreferat der Sozialabteilung des Lan-

des (Tel.: 0316/877-3713) sowie auf dem Sozialservers des Landes Steiermark (www.soziales.steiermark.at).

Strombonus

Noch bis 11. Juli 2008 kann um den steirischen Strombonus in der Höhe von 70 Euro angesucht werden. Wegen der steigenden Lebenshaltungskosten sowie Energiekosten wird nun ein Teil der Gewinne des steirischen Energieversorgers ESTAG den SteuerInnen mit geringem Haushaltseinkommen zurückgegeben.



Haushalte mit geringem Einkommen haben noch bis 11. Juli Anspruch auf 70 Euro Strombonus.

Um den Strombonus erhalten zu können, liegt die monatliche Netto-Einkommensgrenze für Ein-Personen-Haushalte bei 1200 Euro, für Mehrpersonen-Haushalte bei 2000 Euro. Familien mit vier oder mehr

Kindern können den Strombonus ohne Einkommenslimit erhalten. Die Familienbeihilfe sowie das 13. und 14. Gehalt werden nicht eingerechnet. Die Anträge dafür sind in den jeweiligen Hauptwohnsitz-Gemeinden zu stellen, die diese überprüfen und zur Auszahlung an die Sozialabteilung des Landes weiterleiten. Weitere Infos zum Strombonus gibt es auf dem Sozialservers (www.soziales.steiermark.at).

Kindern können den Strombonus ohne Einkommenslimit erhalten. Die Familienbeihilfe sowie das 13. und 14. Gehalt werden nicht eingerechnet. Die Anträge dafür sind in den jeweiligen Hauptwohnsitz-Gemeinden zu stellen, die diese überprüfen und zur Auszahlung an die Sozialabteilung des Landes weiterleiten. Weitere Infos zum Strombonus gibt es auf dem Sozialservers (www.soziales.steiermark.at).

„Case-Management“ – ein erfolgversprechendes Modell

Bei diesem Modell werden durch intensive Gespräche die Ursachen für die Hürden aufgespürt, die Menschen an einer Teilnahme am Arbeitsmarkt hindern, und mittels Case-Management jene Angebote organisiert, die sie grundlegend ebenen können.

Nach einem finnischen Vorbild wird Langzeitarbeitslosen sowie SozialhilfeempfängerInnen im Rahmen eines Pilotprojekts in Bruck/Mur ein Jahr lang individuelle Hilfe dabei angeboten, ihre persönlichen Beschäftigungshindernisse abzubauen. Dieses Case-Management vermittelt Personen mit Mehrfachbelastungen zu den passenden Angeboten wie Schuldnerberatung, Wohnungsver-

mittlung, Arztbesuch oder Therapie. Bevor eine Arbeitsbeziehung aufgebaut werden kann, werden die Hemmnisse abgebaut. Drei Viertel der Klienten konnten dadurch bisher beschäftigungsfähig gemacht werden, rund ein Drittel der Klienten konnte bereits erfolgreich in Arbeit vermittelt werden. Auch für ExpertInnen ein unglaublicher Erfolg. Von den rund 4.000 steirischen oder 130.000 österreichischen SozialhilfeempfängerInnen könnten mit Case-Management somit rund drei Viertel beschäftigungsfähig gemacht werden. Dieses Projekt soll schrittweise ausgebaut werden; das Modell wurde im Frühjahr gerade auf die Region Hartberg ausgeweitet.



Das Case-Management erzielt unglaubliche Erfolge, wenn's darum geht, Menschen mit Mehrfachbelastungen wieder beschäftigungsfähig zu machen.

Meilenstein der Armutsbekämpfung: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Ein wesentlicher sozialpolitischer Ansatz, um die Armut zu bekämpfen, ist die Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Sie wird die bisherige Sozialhilfe ablösen und jenen wirksamer helfen, die diese Hilfe dringend benötigen. Sie wird einen richtungweisenden Meilenstein zur Armutsbekämpfung darstellen.

Bisher ist Menschen, die aufgrund ihrer Lebensumstände nicht für ihr Auskommen sorgen konnten, letztlich nur der Weg in die Sozialhilfe geblieben. Mit der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wird das System der sozialen Absicherung vereinfacht, Personen mit geringen Einkommen werden in einer einzigen umfassenden Maßnahme sozial abgesichert. Durch die einheitliche Regelung in allen



Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein richtungweisender Meilenstein zur Armutsbekämpfung.

Bundesländern wird das neue System für die BezieherInnen transparenter und verständlicher. Die Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung sind – wie jene der Sozialhilfe – subsidiär zu verstehen. Das bedeutet, dass sie ausschließlich Personen zukommt, die weder über eigene Mittel verfügen, noch Anspruch auf andere Unterstützungsleistungen haben. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist an die Arbeitswilligkeit geknüpft. Im Gegensatz zur Sozialhilfe entfällt bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung die Kostenersatzpflicht, der so genannte Regress.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung soll nach dem One-Stop-Shop-Prinzip vergeben werden: Ihre Admi-

nistration soll so ohne Mehrfachwege der KundInnen funktionieren. Die Steiermark besteht darauf, dass keinesfalls andere Transferleistungen wie etwa die Wohnbeihilfe von der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Abzug gebracht werden dürfen. Eine finanzielle Schlechterstellung zum Status quo ist auf jeden Fall zu vermeiden. Auch müssen Maßnahmen wie etwa das in der Steiermark bewährte Case-Management dafür sorgen, dass Arbeit suchende Personen nicht einfach nur ausgesteuert werden. In diesem vom Sozialressort initiierten Pilotprojekt Case-Management werden SozialhilfeempfängerInnen und Langzeitarbeitslose durch persönliche und individuelle Betreuung wieder für den Arbeitsmarkt fit gemacht.

aktiv im Kampf gegen die Armut

Armutsbekämpfung bei Jugendlichen – Jugend und Armut

Kinder und Jugendliche sind besonders armutsgefährdet, wenn sie aus kinderreichen Familien stammen oder in einem AlleinerzieherInnen-Haushalt aufwachsen.

Dass Kinder arm machen, kann von verantwortungsvoller Politik nicht tatenlos hingenommen werden. Ein handlungsfähiger und -williger Staat ist nötig, um hier wirksam einzuspringen. Letztlich muss durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen soziale Gerechtigkeit hergestellt werden, die es allen Kindern und Jugendlichen ungeachtet ihres sozialen Hintergrunds ermöglicht, sich in Würde und Respekt in ein selbst bestimmtes, möglichst erfülltes Leben zu entwickeln.

Besonders differenzierte Beschäftigungsprojekte sollen arbeitslose Jugendliche oder auch Jugendliche ohne subjektive Zukunftsperspektive mit niederschweligen Angeboten an Beschäftigung und in weiterer Folge wieder an den Arbeitsmarkt heranführen. All diese Projekte beinhalten den Gedanken, dass gute Ausbildung und die Integration in den Arbeitsmarkt auch zu sozialer Gerechtigkeit beitragen. Zusätzlich vermittelt Arbeit Selbstwert und das Gefühl, ein wertvolles und produktives Mitglied einer sozialen Gesellschaft zu sein. Arbeit ist mehr als die Basis des Einkommens, sie ist auch wichtiger Faktor der eigenen Identität.



Arbeit ist mehr als die Basis des Einkommens, sie ist auch wichtiger Faktor der eigenen Identität.

Niederschwellige Beschäftigungsprojekte wie „heidenspass“ oder „tagwerk“ sind besonders auf junge Menschen zugeschnitten. Mit diesem Angebot, unkompliziert eigenes Geld zu verdienen, gelingt es, Jugendliche niederschwellig und durch innovative Taschen-, Möbel-, oder Accessoiresherstellung oder -restauration an die Arbeit heranzuführen.

Beide Projekte sind als realer Betrieb konzipiert, in dem die Jugendlichen stundenweise, Teil- bis hin zur Vollzeit arbeiten können. Das Besondere an den Projekten: Einfacher Zugang zur Arbeit, abwechslungsreiche, kreative

Arbeitsmethoden, und auch tägliche Bezahlung für die vollbrachte Arbeit.

Die Zielgruppe ist jung, meist ohne Ausbildung und lebt in schwierigen Umständen. Ziel des Projektes ist es, ihnen durch eine sinnvolle Beschäftigung wieder Lust am Arbeiten zu machen, berufliche Perspektiven auszuarbeiten, an einen geregelten Arbeitsablauf heranzuführen und so Schritte in Richtung Integration in den Arbeitsmarkt setzen. Dieser Ansatz soll nach Erstellung einer Machbarkeitsstudie auf die gesamte Steiermark ausgeweitet werden.

Heizkostenzuschuss

Der Heizkostenzuschuss wurde im Herbst 2004 erstmalig von der Steiermärkischen Landesregierung beschlossen. Denn: Mit freundlichen Worten allein kann man keine Wohnung heizen. Diese Sozialmaßnahme soll die hohen Energiekosten für Menschen mit geringem Einkommen abfangen. Bevor die Wohnbeihilfe Neu eingeführt worden ist, nahmen rund 20.000 Haushalte

diesen einmaligen Zuschuss für die kalte Jahreszeit in Anspruch. Mit der Förderung der Betriebskosten innerhalb der Wohnbeihilfe bekommen jetzt jeden Winter rund 12.000 SteierInnen den Zuschuss in der Höhe von jeweils 120 Euro bei Ölheizungen sowie 60 Euro bei anderen Heizungen. Insgesamt wurden im Winter 2007/08 1,2 Millionen Euro ausbezahlt.



2007/2008 wurden 1,2 Mio Euro Heizkostenzuschuss ausbezahlt.

Kontinuierliche Erhöhung der Sozialhilfe

4.200 SteierInnen, die sonst keine andere Einkommensquelle haben, beziehen Sozialhilfe. Die Sozialhilferichtsätze wurden in den letzten Jahren in der Steiermark kontinuierlich erhöht, zuletzt am 1. Jänner 2008 um 2,9 Prozent. Diese aktuelle Erhöhung entspricht der vom Bund

gewährten maximalen Erhöhung der Pensionen. Allein Unterstützte bekommen heuer 14 mal 522 Euro. Zusätzlich werden ihnen in den ersten sechs Monaten acht Euro zusätzlich ausgezahlt. Zweimal im Jahr kommt noch ein Energiekosten-Beitrag in der Höhe von 45 Euro hinzu.

Hunger auf Kunst & Kultur in der Steiermark

Um die „regionale Nahversorgung“ mit Kunst und Kultur sicherzustellen, ist die Aktion „Hunger auf Kunst & Kultur / Steiermark“ bemüht, auch in den steirischen Bezirken ein dichtes Netz an Partnerorganisationen zu knüpfen. Gerade in den letzten Wochen konnten wieder mehrere Organisationen in den Bezirken Leibnitz, Deutschlandsberg und Feldbach für die Mitarbeit gewonnen werden.

Besonders wichtig dabei ist die Vernetzung der sozialen und karitativen Einrichtungen mit den Partnerorganisationen aus Kunst und Kultur. Denn: „Hunger auf Kunst & Kultur / Steiermark“ ist eine Aktion, die die Solidarität in den Vordergrund stellt. Solidarität mit jenen, die sich Kunst und Kultur – oft auch nur vorübergehend – selbst nicht leisten können.

Aber: Auch Menschen, die wenig haben, haben ein Recht auf Kunst und Kultur. Deshalb gibt es die Aktion und den dazugehörigen Kulturpass, der bei über 70 sozialen und karitativen Einrichtungen in der Steiermark erhältlich ist. Er ermöglicht Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen den Besuch von Ausstellungen und Konzerten, Theater- und Opernaufführungen und vielem mehr. Und das kostenlos, weil die Partnerorganisationen aus Kunst und Kultur mit viel Engagement und Initiative das Geld für diese Karten organisieren. Über Spenden von Privatpersonen und über Sponsorgelder von Institutionen und Unternehmen. Denn eines sollen diese Karten auf keinen Fall sein: Eintrittskarten zweiter Wahl.

„Jetzt, wo ich mein wenig Geld vor allem für meine Kinder brauche, nehme ich dieses Angebot gern an. Es ist so wichtig, auch ins Theater gehen zu können. Schließlich kann man als Zuschauer die komischen, grotesken und dramatischen Dinge des Lebens einmal von Außen betrachten!“, sagt Herr P., Kulturpassbesitzer. Frau S. bedankt sich für die Einführung des Kulturpasses: „Ich bin glückliche KulturpassinhaberIn. Wie viel schöne Veranstaltungen durfte ich doch damit



Foto: www.hungeraufkunstundkultur.at

schon erleben. Unvergessen das Eröffnungskonzert der styriarte vergangenes Jahr. Zu gerne wäre ich zu den Veranstaltungen morgen nach Graz gekommen, aber meine Enkelkinder brauchen mich jeden Donnerstag in Bruck, der Stundenplan der beiden Kinder und der allein erziehenden Mutter will es so, leider. Ich hab mir vorgenommen, für jede Karte, die ich nützen darf, zumindest einen Euro in das Büchserl zu werfen, damit andere auch noch in den Kulturgenuss kom-

men können. Armut fängt dort an, wo Kultur nicht mehr möglich ist. Kultur ist notwendig.“

Die ursprüngliche Idee von „Hunger auf Kunst und Kultur“ wurde im Jahr 2003 vom Schauspielhaus Wien gemeinsam mit der Armutskonferenz ins Leben gerufen. Seither ist das Projekt stetig gewachsen.

Seit 2006 existiert Hunger auf Kunst & Kultur auch in der Steiermark. Im Jahr 2007 wurden durch die tatkräftige Unterstützung von Privatpersonen, der Kultur Steiermark, Institutionen und Unternehmen über 6.000 Karten für das Kunst- und Kulturprogramm von mehr als 60 KulturveranstalterInnen an die KulturpassbesitzerInnen ausgegeben. Rund 81 Kultureinrichtungen beteiligten sich mittlerweile am

Projekt und tragen somit wesentlich zum Funktionieren dieser Aktion bei.

Das Land Steiermark unterstützt die Koordination der Aktion Hunger auf Kunst und Kultur seit dem Start im Jahr 2006 und stellt damit sicher, dass alle Spendengelder zu 100 Prozent dem Zweck der Aktion – Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen – zufließen können.

Kunst und Kultur zählen zu jenen Gütern, die bei finanzieller Knappheit als erstes eingespart werden. Ziel einer sinnvollen Kultur- und Sozialpolitik muss es aber auch sein, diesen Menschen den Zugang zu Kunst- und Kulturveranstaltungen wieder zu ermöglichen.



Soziales



Das Land Steiermark

„An der Dominanz der Pharma-Firmen wird sich im Wesentlichen nichts ändern“

Seit mehr als 20 Jahren bietet das Sozialmedizinische Zentrum (SMZ) in Graz-Liebenau gesunden wie kranken Menschen ein vielschichtiges medizinisches Angebot. Gesundheits- und gesellschaftspolitische Fragestellungen sind im Team von Dr. Rainer Possert seit jeher ein Thema.



Dr. Rainer Possert: „Der medizinisch-industrielle Komplex versucht Profite aus der Krankheit der Menschen zu ziehen.“

Der gesellschaftspolitische Anspruch des SMZ in Graz-Liebenau ist zumindest vor Ort systemimmanent. Eingedenk der Auffassung, dass gesundheitliche Interessen und soziale Fragestellungen eine beachtliche Schnittmenge aufweisen, werden Bürgerinitiativen unterstützt und Projekte zur präventiven Gesundheitsförderung durchgeführt. Die Behandlung endet also keineswegs an der Ordinationstür. Dass ein umfassendes Angebot immer auch teuer sein muss, bewahrheitet sich am Beispiel der allgemeinmedizinischen Praxisgemeinschaft des SMZ keineswegs – im SMZ verschreibt man nach prinzipiellen Gesichtspunkten, der finanzielle Aspekt hat für die behandelnden Ärzte keine Priorität. Im Schnitt liegen die Ausgaben für Medikamente bereits heute rund 20 Prozent unter dem steirischen Durchschnitt.

Die Pläne der Bundesregierung in Sachen Gesundheitsreform werden auch im SMZ viel diskutiert. Im Gespräch mit Gregor I. Stuhlpfarrer hat der ärztliche Leiter der Praxisgemeinschaft für Allgemeinmedizin im SMZ, Dr. Rainer Possert, seine Sicht der Reform dem KORSO dargelegt.

Ein Angelpunkt der Gesundheitsreform ist die sogenannte „aut idem“-Regelung (siehe Kasten). Viele ÄrztInnen befürchten dadurch eine Verschlechterung für die PatientInnen. Schließen

Wird die „Aut-idem-Regelung“ für einen Machtverlust der großen Pharma-Firmen sorgen? Immerhin werden jetzt mehrere Anbieter auf den Markt vorstoßen, um ihre Generika zu verschreiben.

Es wird sich an der Dominanz der Pharma-Industrie im Wesentlichen nichts ändern. Positiv zu sehen ist allerdings die Reduktion des Einflusses der Pharma-Industrie auf die niedergelassenen Ärzte, die ja nur mehr den Wirkstoff verschreiben. Trotzdem wird sich die Einflussnahme verschieben, weil nun nicht mehr die Ärzte, sondern die Apotheker die ersten Adressaten für Besuche von Pharma-Vertretern sein werden. Vielleicht bringt diese Regelung marginale Ersparnisse für die Kassen. Trotzdem bleibt die zentrale Frage offen: Was hat der Patient davon, wenn sich die Kassen durch diese neue Regelung etwas ersparen? Ich glaube, er/sie wird nicht sehr viel davon haben.

Das heimische Gesundheitswesen hat mit der Problematik defizitärer Krankenkassen zu kämpfen. Bietet die Gesundheitsreform ihrer Meinung nach adäquate Lösungen in dieser Frage?

Seit der ersten schwarz-blauen Regierung hören wir immer wieder vom Defizit der Krankenkassen. Dieses Defizit kommt zu Stande, weil die Ausgaben der Krankenkassen nicht mehr mit den Einnahmen Schritt halten können. Wenn man das Gesundheitswesen als Dienstleistungsbetrieb sieht, wird man feststellen, dass die Preise in allen anderen Sparten des Dienstleistungssektors – vom Friseur bis zum Installateur – gestiegen sind. Lediglich die Sozialversicherungsbeiträge sind nicht mehr angehoben worden und der Grund ist

einfach: Der Wirtschaftsbund, die Industriellenvereinigung, aber auch die Spitzen der Gewerkschaft haben keine Lust, mit der Erhöhung der Versicherungsbeiträge die Lohnnebenkosten zu steigern.

Das heißt, ein adäquater Weg, um die Kassen zu sanieren, wäre eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge?

Ja, ich denke, das ist der beste Weg für ein ausgewogenes Gesundheitswesen.

Das SMZ ist ein integratives Gesundheitszentrum, das verschiedene medizinische Bereiche aufweist. Welche Auswirkungen hätte die Umsetzung der Gesundheitsreform auf das SMZ?

Überhaupt keine. Erstens wird die Gesundheitsvorsorge von den Kassen ja leider nicht übernommen – die Gelder kommen vom Land Steiermark und zu einem geringen Teil von der Stadt Graz. Zweitens ist die Arbeit in unserer Praxis schon heute von überlegter, nachhaltiger Medikamentenverschreibung geprägt. Nach unserer Auffassung von Medizin sollte eine Behandlung nicht von Kostenüberlegungen geprägt, sondern eine Folge prinzipieller Überlegungen sein. Unsere Patienten bekommen das notwendige und nicht das billigste oder teuerste Medikament – der Preis ist eher sekundär. Trotzdem verursachen wir im steirischen Vergleich um 15 bis 20 Prozent weniger Kosten.

Das heißt also, obwohl sie nachhaltig und überlegt verschreiben, fallen weniger Medikamenten-Kosten an, als bei anderen Ärzten. Ist das nicht ein Widerspruch?

An dieser Stelle müsste man grundsätzliche Kritik am Gesundheitswesen üben, das von Pharma-Firmen, Krankenha-

Errichtern und Apparatur-Herstellern dominiert wird – ich bezeichne dieses Konglomerat als medizinisch-industriellen Komplex. Diese Industrie versucht, aus der Krankheit der Menschen Profite zu ziehen und aufgrund ihrer Quasi-Monopolstellung können sie auch den Preis festlegen. Daher sind die teuersten Medikamente nicht immer die besten, die billigsten keineswegs zwingend die schlechtesten.

1 Anm.: Ein Generikum ist eine wirkstoffgleiche Kopie eines bereits unter einem Markennamen auf dem Markt befindlichen Medikaments.

aut idem

Der Begriff *aut idem* (lat. „oder das Gleiche“) ist ein medizinischer Fachausdruck. Er beschreibt eine Praxis der Medikamentenverschreibung, die innerhalb der geplanten Gesundheitsreform für den meisten Gesprächsstoff sorgt. Bis dato waren die Ärzte selbst dafür verantwortlich, den Patienten das jeweilige Medikament zu verschreiben. Der Entwurf zur Gesundheitsreform sieht vor, dass der niedergelassene Arzt außer in bestimmten, begründeten Fällen nur noch den Wirkstoff für die medikamentöse Behandlung verschreibt. Anhand dieser Verschreibung wählt der Apotheker das günstigste Medikament für den Patienten aus. Diese Regelung betrifft alle Medikamente, die als generikafähig eingestuft sind – in Österreich sind das an die 200.

Steirische ÄrztInnen: „Ansatz, Weg und Ziel der Gesundheitsreform sind falsch“

Die steirischen ÄrztInnen fahren schweres Geschütz gegen die von den MinisterInnen Kdolsky und Buchinger vorgelegte Gesundheitsreform aus: Anlässlich des Streiktages am 16. Juni bezeichnet der steirische Ärztekammer-Präsident Dr. Wolfgang Routil die Reform als „ein der Gesundheitsministerin von Wirtschaftskreisen diktiert Papier“, welches das Kräftegleichgewicht der Partner im Gesundheitswesen zerstört.



ÄrztInnen wollen nicht für die politisch verursachte Aushungerung der Kassen büßen.

Routil wendet sich energisch gegen die mit der Reform verbundenen Einsparungen, die eine behauptete „Kostenexplosion“ verhindern sollen: „Die offiziellen OECD-Zahlen zeigen, dass Österreich unverändert 10% des Bruttoinlandsproduktes für die Gesundheitsversorgung ausgibt.“

„Wirtschaftskammer soll zuerst Ordnung ins eigene Haus bringen.“ Die Defizite der Kassen seien vor allem darauf zurückzuführen, dass diesen durch gesetzliche Maßnahmen Geld entzogen würde. In der Tat sind den Gebietskrankenkassen seit 2000 insgesamt 2,3 Mrd an zusätzlichen Belastungen aufgebremst worden: Die Vorsteuerabzugsberechtigung ist zum Teil gefallen, die Kassen tragen nun ein Drittel des Wochengelds, müssen

einen Teil des Bundesbeitrages für die Krankenversicherung von Arbeitslosen und PensionistInnen übernehmen, ebenso die Kosten für die Rezeptgebührendeckelung.

Besonders harsche Worte findet der Kammerpräsident für die Wirtschaftskammer: Auf „Leitls Betreiben“ seien die Beiträge zur Krankenversicherung der gewerblichen Wirtschaft gesenkt worden, mit dem Erfolg, dass auch diese Kasse nun negativ bilanziere. Zudem seien die Beitragsschulden der Arbeitgeber, die ca. 900 Mio Euro betragen, ein zentraler Beitrag zum Defizit der Kassen. Die Wirtschaft möge Ordnung ins eigene Haus bringen, be-

vor sie von den Ärzten Einsparungen erwarte, lässt Routil seinem Präsidentenkollegen von der Unternehmervertretung ausrichten.

„Wollen nicht Ärzte auf Zeit sein.“ Zudem seien mit der Reform keine Einsparungen zu erwarten, im Gegenteil: Die Administration der vorgesehenen Patientenquittung werde laut Aussagen Kdolskys 400 Mio Euro kosten, der Patientenakt 500 Mio bis eine Milliarde. „Ansatz, Weg und Ziel“ der Gesundheitsreform seien falsch, die Hauptbetroffenen – eben die Ärzteschaft – nicht in die Planung einbezogen worden. Vor allem sei fraglich,

wie die Defizite der Kassen durch Einsparungen bei den ÄrztInnen saniert werden sollten, denn: „Die Honorare der niedergelassenen MedizinerInnen betragen gerade 15% der Kassenbudgets“ (Routil).

Sauer stößt der ÄrztInnen-Vertretung vor allem die vorgesehene Überprüfung der Kassenverträge nach Ablauf von fünf Jahren auf: „Wir wollen nicht Ärzte auf Zeit sein“, sagt Kammer-Vizepräsident Jürgen Garzarolli – Investitionen würden faktisch unmöglich gemacht, wenn der Vertrag nach fünf Jahren wieder gekündigt werde. Die wohnortnahe Versorgung sei damit gefährdet.

Die Aut-Idem-Regelung (siehe Kasten oben) wiederum werde Probleme für Ältere und chronisch Kranke bringen, weil sich die Betroffenen an immer neue Medikamente gewöhnen müssten.

Mehr und bessere Kooperation. Völlig verschließen will sich die Kammer aber Reformbestrebungen nicht: Die ÄrztInnen bieten der Regierung weitere Verhandlungen an. Zum anderen seien vor allem strukturelle Reformen nötig und sinnvoll, etwa die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den niedergelassenen ÄrztInnen und den regionalen Spitälern. In Ärzte-Kooperationen wie Gruppenpraxen müsse „mehr Hirnschmalz“ investiert werden. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf, der Ärzte-GesmbHs ermöglichen sollte, sei allerdings am Widerstand der WKO gescheitert, berichtet Routil.

Für den Fall, dass die Bundesregierung keine Verhandlungsbereitschaft zeigt, behalten sich die ÄrztInnen weitere Streikmaßnahmen vor.



Steirische ÄrztInnen im Kampf gegen die Gesundheitsreform: Kammerpräsident Dr. Wolfgang Routil (2. von li) mit seinen Vizepräsidenten Dr. Jürgen Garzarolli, Dr. Wolfgang Florian und Dr. Martin Webrschütz (von li)

Ökonomisierung, wohin man blickt

Das Sozialmedizinische Zentrum Graz-Liebenau (SMZ) veranstaltete vom 5. bis zum 7. Juni ein Symposium, das sich mit gesundheitspolitischen Fragen im In- und Ausland auseinandersetzte. Neben einer Diskussionsveranstaltung mit Ärztinnen aus Deutschland stand dabei auch ein Besuch des Gesundheitszentrums Maribor auf dem Programm.

Prof. Dr. Wulf Dietrich, Vorsitzender des „Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte“ (VDÄÄ), beschäftigte sich in seinem Vortrag mit zwei Themenschwerpunkten: Zum einen erläuterte er die Angelpunkte der Tätigkeit des „Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte“, zum anderen versuchte er, das deutsche Gesundheitswesen kritisch zu beleuchten. Anfang der Achtziger Jahre formierten sich im damaligen Westdeutschland junge ÄrztInnen, die sich mit ihrer Standesvertretung nur unzureichend identifizieren konnten. Getragen von der Friedensbewegung bildete sich eine Gruppe, die neben einem gesundheitspolitischen auch einem allgemein politischen Anspruch gerecht zu werden versuchte. Zu dieser Zeit wurden Fragen der Abrüstung, der Friedenspolitik oder des Umgangs mit der Vergangenheit der Ärzteschaft während der NS-Zeit diskutiert. Wenngleich klassische gesundheitspolitische Fragen zu dieser Zeit eher sekundär waren, so konnte sich der VDÄÄ ab Mitte der Achtziger Jahre innerhalb der deutschen Ärztekammer etablieren und dort einige Mandate erobern. Seitdem versucht er eine „Gesundheitspolitik fernab jeglicher Profit-Interessen“ zu vertreten, so Wulf Dietrich weiter. Mit Blick auf den Status quo des deutschen Gesundheitswesens konnte Wulf



Gesundheitszentrum Maribor

Dietrich in weiterer Folge Parallelen zur Situation in Österreich ausmachen. Obwohl das deutsche Gesundheitswesen mit der Unfinanzierbarkeit des eigenen Systems schon viel länger zu kämpfen hat, als dies in Österreich der Fall ist, sind die Ursachen vergleichbar (demographische Entwicklungen u. v. m.). In Deutschland wurden die ersten „Spargesetze“ bereits in den Siebziger Jahren umgesetzt, im folgenden Jahrzehnt sahen sich deutsche BürgerInnen mit Zuzahlungen für Brillen, Zahnersätze und Medikamente konfrontiert. Die „Ökonomisierung des Gesundheitswesens“ gipfelte ferner im „Wettbewerbssteigerungsgesetz“, das im letzten Jahr beschlossen wurde. „Dieses Gesetz beschreibt die Entwicklung weg vom solidarisch organisierten hin zum ökonomisch organisierten Gesundheitswesen“, betonte Wulf Dietrich.

„Gesundheitsreform wird vorwiegend von ökonomischen Kategorien bestimmt.“ Die von der österreichischen Bundesregierung angestrebte Gesundheitsreform stand im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion. Die Patienten- und Pflegeombudsfrau für

die Steiermark, Mag.^a Renate Skledar, betonte, dass nicht alles, was diese Reform inkludiert, von Nachteil für die PatientInnen sein werde. Besonders dem Vorschlag der vorgesehenen Qualitätssicherung kann sie auch Gutes abgewinnen. „Qualitätssicherung beinhaltet auch eine Evaluierung mittels Teambesprechungen – dagegen sollte niemand etwas einzuwenden haben“, sagte Skledar. Auch Wulf Dietrich schloss sich diesem Urteil an: Die Ärzte sind immer der Meinung gewesen, sie seien die großen Künstler, und daher könnten nur sie selbst messen, was an ihrer Arbeit gut und richtig ist. Demgegenüber unterliegt ein Teil ihrer Arbeit eindeutig naturwissenschaftlichen Kategorien, die klar messbar sind. Aus diesem Grund sieht auch er den Einsatz einer Qualitätssicherung positiv. In einem weiteren Punkt ging der große Teil der DiskutantInnen d' accord: Die Rolle der großen Pharma-Konzerne werde unterschätzt – auch der Staat habe auf deren Einfluss zu verhalten reagiert, so der einhellige Tenor. Für den ärztlichen Leiter des SMZ, Dr. Rainer Possert, sind es vorwiegend „ökonomische Kategorien“, die die aktuellen

Reformbestrebungen der Bundesregierung bestimmen. Reformbedarf sei vorhanden, um den Interessen der PatientInnen besser entgegen kommen zu können, die gegenwärtig geplante Gesundheitsreform würde der Patientenseite aber nur marginale Vorteile bringen und den Einfluss der Pharmakonzerne keineswegs reduzieren.

Maribor: Zwei Prozent des Lohns für ein Gesundheitszentrum. Am zweiten Tag des Symposiums besuchten VertreterInnen des SMZ und Mitglieder des VDÄÄ ein Gesundheitszentrum im slowenischen Maribor.

Generell verfolgen die Gesundheitszentren Sloweniens einen ganzheitlichen Ansatz. Notfallmedizin, Kinderheilkunde oder aber Prävention – das medizinische Angebot für gesunde wie kranke Menschen ist breit gefächert – sind, wie im Zentrum in Maribor,

ihn bewegt“, sagte der ehemalige Präsident der slowenischen Ärztekammer, Dr. Kurt Kancler, im Rahmen seines Vortrags. Wie im SMZ versucht auch das Gesundheitszentrum in Maribor den/die Patienten/-in nicht nur hin-



Dr. Kurt Kancler: Auf seine Initiative hin hielt die Stadt Maribor ein Referendum zum Ausbau ihres Gesundheitszentrums ab.

sichtlich seines/ihrer medizinischen Problems zu behandeln, sondern auch die psychische und soziale Komponente der jeweiligen Person zu berücksichtigen und dementsprechend präventiv, kurativ oder adaptiv zu agieren. Ferner wird der Teamarbeit im primären Gesundheitswesen große Bedeutung zugemessen, was eine Betreuung von 183.000 Personen durch das Gesundheitszentrum in Maribor überhaupt erst möglich macht. Beeindruckend ist auch die Art und Weise, wie das Gesundheitszentrum – in seiner heutigen Form – entstanden ist: Auf die Initiative von Kurt Kancler hin hielt die Stadt Maribor Anfang der Achtziger Jahre ein Referendum zum Ausbau des Zentrums ab. Eine Mehrheit der BürgerInnen der Stadt erklärte sich bereit, während der kommenden fünf Jahre zwei Prozent ihres Bruttolohns für das Gesundheitszentrum bereit zu stellen.



Dr. Wulf Dietrich, Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte: „Wir versuchen eine Gesundheitspolitik fernab von Profitinteressen zu vertreten.“

unter einem Dach vereint. „Wenn man einem Patienten helfen möchte, reicht es nicht, ausschließlich das Krankheitsbild zu beurteilen. Vielmehr muss der Arzt wissen, wo der Patient arbeitet, wie er lebt und was

Gesundheitsreform – die wichtigsten Punkte:

- **Aut-idem-Regelung** (siehe Kasten links oben)
- **Patientenquittung:** Der Patient soll nach jeder Behandlung einen Nachweis darüber erhalten, der auch die Kosten ausweist
- ÄrztInnen mit Kassenverträgen sollen sich alle fünf Jahre einer „Rezertifizierung“ unterziehen müssen, wobei auch geprüft wird, ob sie bei der Leistungserbringung „effizient“ vorgegangen sind.
- Möglichkeit von Einzelverträgen zwischen Kassen und ÄrztInnen
- Kassen sollen „eigenständig und ergebnisverantwortlich“ bleiben, aber über eine „schlanke, effiziente strategische Holding“ gesteuert werden.
- Diese Holding wird von einem Verwaltungsrat und zwei GeschäftsführerInnen geführt. Im Verwaltungsrat sollen in Zukunft auch die Arbeitgeber ein Vetorecht haben.
- Der Bund verzichtet auf 450 Mio Euro Forderungen gegenüber den Kassen, die nicht abziehbare Vorsteuer wird durch den Bund rückerstattet; das bringt weitere 120 – 130 Mio Euro; der Bund zahlt einen etwas höheren Anteil an der Krankenversicherung der PensionistInnen.

HILFE FÜR VERBRECHENSOPFER UND IHRE FAMILIEN

Seit 1. Juli 2005 sieht das Verbrechenopfergesetz Hilfe für alle Personen mit rechtmäßigem Aufenthalt in Österreich vor.

Leistungen für Opfer bzw. deren Familien:

- Ersatz des Verdienst- bzw. Unterhaltsentganges
- Einkommensabhängige Zusatzleistung
- Heilfürsorge (z.B. Kostenübernahme für psychotherapeutische Behandlungen)
- Orthopädische Versorgung
- Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz
- Bestattungskostenersatz

Leistungen nur für Opfer:

- Maßnahmen der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation
- Pflege- oder Blindenzulage
- Übernahme der Selbstbehaltkosten (z.B. Verpflegungskostenbeiträge im Krankenhaus oder Rezeptgebühren)
- Ersatz von beschädigten Hilfsmitteln (z.B. Brillen oder Zahnprothesen)

Das **Verbrechenopfergesetz** ermöglicht die Übernahme der Kosten einer notwendigen **Psychotherapie**.

Ihr Partner für Integration und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

www.bundessozialamt.gv.at

Österreichweit zum Ortstarif

05 99 88



BUNDESSOZIALAMT
LANDESSTELLE STEIERMARK

Albert Schweitzer Hospiz: Ein Leuchtturm für Schwerstkranke

Neue Maßstäbe in der Betreuung schwerstkranker Mitmenschen in der letzten Lebensphase setzt das Ende Mai neu eröffnete Albert Schweitzer Hospiz in Graz. Es bietet Raum für 12 stationäre Betten und für sechs Tageshospiz-Betreuungsplätze, für den Besuch von Angehörigen, für Rückzug und für Austausch.

In Kooperation mit der Palliativkoordination Steiermark, dem Hospizverein Steiermark unter der Leitung von Univ. Prof. Dr. Karl Harnoncourt und den Geriatrischen Gesundheitszentren wurde das erste stationäre Hospiz in der Steiermark unter der Mitwirkung der Caritas realisiert. Aufgrund des großen Bedarfs wurde nach dem Gemeinderatsbeschluss 2006 mit dem Umbau des ehemaligen Pflegewohnheimes Gries begonnen. Die Projektkosten des neu eröffneten stationären Hospizes von etwa 700.000,- Euro wurden vom Land Steiermark und der Stadt Graz finanziert. Mit der technischen Projektleitung war die Grazer Bau- und Grünlandsicherungsges. m.b.H (GBG) betraut und mit der Projektsteuerung die Firma Rinderer & Partner Ziviltechniker KEG. Für



Albert Schweitzer Hospiz und Tageshospiz – ein Ort der Integration und auch ein Ort der Forschungs- und Lehrtätigkeit als Kompetenzzentrum in der Steiermark. Foto: Foto Fischer

die einfühlsame und funktional an die Bedürfnisse der Menschen angepasste Gestaltung zeichnet das Architekturbüro Feyferlik/Fritzer verantwortlich. Das äußerst anspruchsvolle und vor allem sehr ansprechende Ambiente, die wohldurchdachte Innenarchitektur mit einem beseelten Spiel der Formen, Farben, Töne und Nuancen sowie das multiprofessionelle, interdisziplinäre Betreuungsteam machen ein einfühlsames Miteinander möglich.

PolitikerInnen aus Stadt und Land sowie der Koordinator der Palliativbetreuung Steiermark, Dr. Johann Baumgartner, sind davon überzeugt, dass mit diesem stationären Hospiz ein zukunftsweisender Meilenstein, ein Leuchtturm, wie es Baumgartner ausdrückte, in der Versorgung für schwerstkranken Menschen geschaffen wurde.

www.ggz.graz.at

Nahtlose Kunst

NAHTLOSKUNST KINDBERG ist eine Plattform für Künstler und Künstlerinnen mit Behinderung. Seit 1991 arbeiten Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung konstant im künstlerischen und kulturellen Bereich. Ihre Kunst beschreitet dabei unbeeinträchtigt von kunsthistorischen oder zeitgenössischen Ausdrucksformen einen eigenständigen Weg.

Vor 17 Jahren wurde das Kunstatelier NAHTLOSKUNST KINDBERG ins Leben gerufen und ist durch das große künstlerische Potenzial der Menschen mit Behinderung mittlerweile zu einem fixen Bestandteil der Lebenshilfe Mürrzuslag avanciert. Die Mitglieder von NAHTLOSKUNST KINDBERG haben die Möglichkeit, sich an fünf Tagen der Woche ganztägig ihrer künstlerischen Arbeit hinzugeben und können nach langjähriger, intensiver Arbeit bereits auf respektable Erfolge zurückblicken.

So entstanden unter anderem Großprojekte wie die Kulissengestaltung für ORF-Produktionen, die Gestaltung des Adventkalenders in „Steiermark heute“, die erfolgreiche Teilnahme von einzelnen KünstlerInnen an Ausstellungen im In- und Ausland, wie zum Beispiel auf der internationalen Reha-Messe in Düsseldorf oder beim Europäischen Kunstwettbewerb



Seit zwei Jahren ist der NAHTLOS-Künstler Hans Schoberer Mitglied der Vereinigung bildender Künstler Steiermarks.

„Inclusion Europe“ 2002. Unter anderem gab es auch Kooperationen mit Styria vitalis, der „Langen Nacht der Museen“, sowie dem Kunstförderungsprojekt „Kunst im Spital“. Seit zwei Jahren ist der NAHTLOS-Künstler Hans Schoberer Mitglied der Vereinigung bildender Künstler Steiermarks.

Auch in der Literatur konnten Erfolge verbucht werden. Renate Gradwohl gewann beim österreichweiten Literaturwettbewerb „Ohrenschmaus“ unter der Schirmherrschaft von Felix Mitterer den 1. Preis in der Kategorie „Lyrik“, sowie beim deutschen Literaturwettbewerb EUCREA.

In der Kunstwerkstatt in Kindberg werden professionelle Rahmenbedingungen zur Entstehung unterschiedlichster Kunstformen geboten. Jede/jeder einzelne Künstlerin/Künstler entwickelt hier den eigenen Stil, unbeeinträchtigt von gegenwärtigen künstlerischen Strömen. Gerade diese Unberührtheit gibt ihnen die Sensibilität, ihr Sehen und Erleben mit großer Intensität wiederzugeben und ihren Werken dadurch tiefen Ausdruck zu verleihen. Die Arbeiten der NAHTLOSKUNST-Mitglieder sind authentisch, eigenständig und ursprünglich und brauchen den Vergleich mit anderen Kunstströmungen nicht zu scheuen.

Die Arbeit in der Kunstwerkstatt bringt den Menschen mit Behinderung nicht nur persönliche Erfüllung, sie bringt auch Ansehen, Wertschätzung „von Außen“ und somit eine erhebliche Steigerung des Selbstwertgefühls. Durch die Anerkennung von Außenstehenden erleben sich die Mitglieder von NAHTLOSKUNST KINDBERG als Menschen, die fähig sind, etwas zu gestalten. Es wird nicht, wie so oft im alltäglichen Leben, nur ihr Unvermögen festgestellt, sondern sie werden als Menschen mit ganz besonderen Fähigkeiten sichtbar.



Menschen mit ganz besonderen Fähigkeiten: Die KünstlerInnen von NAHTLOSKUNST KINDBERG

Länger leben durch sorgfältige Mundhygiene

Zahlreiche Erkrankungen alter Menschen sind auf mangelnde Mundhygiene zurückzuführen: akute Schmerzen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Lungenerkrankungen (COPD) und auch Schlaganfälle. Statistiken zeigen, dass Menschen durch die regelmäßige und sorgfältige Reinigung der Zähne und des Zahnfleisches sowie die halbjährliche Beseitigung schädlicher Bakterien in der Mundhöhle etwa 6,4 Jahre länger leben. Daher wurde vor etwa zwei Jahren das Projekt „Mobile Zahngesundheit“ in zehn steirischen Volkshilfe-SeniorInnenzentren mit 517 teilnehmenden BewohnerInnen gestartet. Die Ergebnisse wurden jetzt präsentiert.

Nach Ablauf des ersten Jahres zeigte sich, dass die „Mobile Zahngesundheit“ ein erfolgreiches Projekt ist, und nach einem weiteren Jahr kann festgestellt werden, „dass es ein sinnvolles Vorhaben war (und ist)“, sagt Projektleiter Univ.-Prof. Dr. Gerwin Arnetzl, der eine äußerst positive Bilanz zieht: „Die gewonnenen Daten belegen die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines Mundgesundheits-Assessments im öffentlichen, aber auch im privaten Pfl-

gebereich.“ Zum Mundgesundheitsassessment zählen u. a. die Schaffung von Mundpflegeverantwortlichen in jedem Pflegeheim und regelmäßige Aus- und Weiterbildungen.

„Der Großteil der alten Menschen ist im Bereich Zahnpflege auf Unterstützung durch das Pflegepersonal angewiesen. Daher wurden die MitarbeiterInnen dahingehend geschult. Die Lebensqualität der alten Menschen hat sich in den letzten Monaten deutlich gesteigert“, berichtet Judith Musil, Koordinatorin der Fachstelle für Pflege und Betreuung der Volkshilfe. Daher streben Franz Ferner, Volkshilfe-Geschäftsführer, und LH-Stv. Dr. Kurt Flecker, dessen Ressort das Projekt unterstützt, dessen Verlängerung sowie eine Ausweitung auf andere Organisationen an.

Das Projekt „Mobile Zahngesundheit“ erhielt im Rahmen des österreichischen Zahnärztekongresses 2007 den Austrian Dental Award und gewann 2008 den Forschungspreis der OGZMK Steiermark (Wissenschaftliche Gesellschaft der Zahnärzte).

Infos: www.stmk.volkshilfe.at

Im Landhaushof: Rockin' Movies

Etwa 5000 Besucher in fünf Tagen zählte man im Vorjahr zur ersten Auflage des Grazer Musikfilmfestivals Rockin' Movies. Vom 2. bis 6. Juli gehen Rockin' Movies auch in diesem Jahr wieder über die Filmbühne, open air im Grazer Landhaushof.



Die „Rockin' Movies“ im Landhaushof werden am 4. Juli mit Scorseses Stones-Film „Shine a light“ eröffnet.

Unterstützt von Vojo Radkovic hat der österreichische Musikfilmer Rudi Dolezal eine hochkarätige Mischung von internationalen und heimischen Musikfilmen zusammengestellt, die den Landhaushof rocken werden und Kulturreferent LH-Stv. Kurt Flecker freut sich auf eine „spannende und wunderschöne Harmonie“ zwischen Rock- und Popmusik und dem Renaissance-Ambiente. Insofern muss „Kulturpolitik auch den Mut haben, einen breiten Kulturbegriff zu fördern“ – gesagt, getan, Kurt Flecker wirft die Verstärker an.

Zwei Weltpremieren bringt Dolezal im Rahmen des Festivals nach Graz: Über Kontakt mit the Boss höchstselbst, stellte dieser, Bruce Springsteen namentlich, den bisher unveröffentlichten Mitschnitt eines Club-Konzerts vor nur 200 Besuchern unter dem Titel Rare Live für die Uraufführung in Graz zur Verfügung (4. Juli). Und zweitens ist Kick Ass – Live (6. Juli), ein Konzertfilm aus Mitschnitten der jungen Generation, aufgenommen während verschiedener Festivals, mit Arctic Monkeys, Adam Green, Ben Harper, Skin, The Cardigans und anderen mehr zu sehen.

Eröffnet wird am Mittwoch, 4. Juli, mit Martin Scorseses jüngstem Rolling Stones Film Shine A Light. Nachdem die Stones bis zur bevorstehenden DVD-Produktion keinerlei Kopien des Films freigeben, gelang Dolezal immerhin ein Husarenstück,

um den Film außerhalb des Kinoverleihs doch aufzuführen. Das Stones-Management stellt eine Festplatte zur Verfügung, die für etwa zwei Stunden in Graz freigeschaltet wird.

Filmstart im Grazer Landhaus ist jeweils ab 20.30 Uhr. Im täglichen Vorprogramm zu zwei Hauptfilmen werden Shorts und Raritäten etwa von Xavier Naidoo, Sex Pistols, Marilyn Manson, Brian Adams und vielen mehr eingespielt. Als Kontrastprogramm zur Styriarte „Klangwolke Mozart“ am 5. Juli geht ab 22.00 Uhr Falco ist Mozart on Stage. Und neu im Rahmen von Rockin' Movies ist der Rockin' Movie Award 2008. Während des Festivals wird ein Videoclip-Preis für junge steirische Bands und Filmemacher vergeben. Den Siegern – ausgewählt von einer international besetzten Jury – stellt das Land Steiermark 3000 Euro Produktionskostenzuschuss für die nächste Musikvideoproduktion zur Verfügung. Einreichungen sind noch bis zum 27. Juni an das Büro LH-Stv. Kurt Flecker möglich. (Z.H. DI Barbara Binder, Herrngasse 16, 8010 Graz. Rückfragen unter Tel. 0316 / 877 4653.) Zum Download im Internet steht das Programm von Rockin' Movies unter www.politik.steiermark.at/cms/beitrag/10700963/892342

bfi-Projekt KISS stärkt Migrantinnen

„Ich lebe nun schon seit 18 Jahren in Österreich. Am Anfang war es nicht leicht für mich, mich in einer anderen Kultur und Gesellschaft zu integrieren. Mittlerweile geht es mir aber hier sehr gut. In Brasilien habe ich als diplomierte Krankenschwester und Lehrerin gearbeitet, hier in Österreich arbeite ich als Krankenpflegerin. Das Projekt KISS hat mir sehr dabei geholfen, mich hier zurechtzufinden. Ich habe so viel Wissen mitbekommen, viel über die Kultur gelernt und vor allem das Bewusstsein für meine Verantwortung, dieses Wissen weiterzugeben“, so Sandra Amberger-Ferreira aus Brasilien.



Sandra Amberger-Ferreira aus Brasilien

Information und Empowerment. Nun hat Sandra Amberger-Ferreira schon die Österreichische Staatsbürgerschaft und vermittelt in einer internationalen Frauengruppe auch anderen Frauen, dass man sich auf dem Weg zur Integration auch selber ein-

bringen, Informationen austauschen und sich gegenseitig unterstützen muss. „Wer in der Steiermark lebt, soll sich hier im täglichen Leben, am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft gut zurechtfinden können. Vor allem für Migrantinnen ist das oft nicht leicht. Sie brauchen Unterstützung im Sinne von Information und auch Empowerment“, so LH-Stv. Sozial- und Kulturlandesrat Dr. Kurt Flecker. Beides, sowohl Information als auch Motivation und die Basis für Empowerment, bietet das bfi-Projekt KISS Advanced Follow up. KISS steht für Kommunikation, Integration, Soziale Kompetenz und Sprachtraining. Diese seit fünf Jahren bestehende Initiative des Sozialressorts des Landes Steiermark hilft Migrantinnen nicht-deutscher Muttersprache, die in Graz und Graz-Umgebung leben, sich besser im Alltag und in weiterer Folge auch auf dem Arbeitsmarkt zurechtzufinden und beugt einer Isolation der Migrantinnen vor.

KISS-Angebote richten sich nach den Bedürfnissen der Migrantinnen. KISS Advanced Follow up ist eine Seminarreihe mit modularem Programmaufbau. Das heißt, es werden Trainingsblöcke angeboten und jede Teilnehmerin kann je nach Vorkenntnissen ihr individuelles Schulungspaket frei wählen und zusammenstellen. „Alle KISS-Angebote sind kostenlos und richten sich nach den Bedürf-



Je nach Vorkenntnissen können die Teilnehmerinnen des bfi-Projektes KISS Advanced Follow up ihr individuelles Schulungspaket frei wählen und zusammenstellen.

nissen der Frauen“, erklärt bfi-Steiermark-Geschäftsführer Dr. Wilhelm Techt. Anfang September starten einige neue KISS-Module: Sprachen-

kompetenz Deutsch, Kommunikation und Persönlichkeit, Europäischer Computerführerschein, Wirtschaftskompetenz und eine projektorien-

tierte Schreibwerkstatt. Noch ein nicht unwesentliches Detail: Die Seminare und Veranstaltungen werden ausschließlich von Frauen geleitet, um allen Migrantinnen die Teilnahme zu ermöglichen. Und: Für über fünfjährige Kinder der Teilnehmerinnen gibt es eine von qualifizierten Kindergärtnerinnen durchgeführte kostenlose Kinderbetreuung.

KISS Informationsworkshops:
Do., 3. Juli 2008, 17.00 Uhr
Do., 10. Juli 2008, 17.00 Uhr
Veranstaltungsort: bfi Steiermark, Bildungszentrum Graz West, Eggenberger Allee 15, 8020 Graz

Anmeldung zu Informationsworkshops und Informationen zum Projekt:
Eveline Hollinger, Tel: 057270-2200; E-Mail: eveline.hollinger@bfi-stmk.at oder
Johanna Zwettler, Tel: 057270-2212; E-Mail: johanna.zwettler@bfi-stmk.at

Weiter Informationen unter:
www.bfi-stmk.at

Das Projekt KISS Advanced Follow up wird durch Fördermittel aus dem Sozialressort des Landes Steiermark finanziert.



Schneller am Ziel

Gleichenfeier Jugendwohnhaus III

Neun Jugendliche, die derzeit noch in der alten Kindervilla in der Grabenstraße in Graz wohnen, werden ab September ein neues Zuhause haben. Auf dem Grundstück der ehemaligen Bürgermeistervilla ist der Bau des dritten Jugendwohnhauses im Gange. Am 11. Juni fand die Gleichenfeier statt.

„Die Hintergründe, warum Jugendliche nicht in ihren Familien aufwachsen können, sind vielfältig. Wir setzen alles daran, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass den Mädchen und Jungen ein familiäres Umfeld zur Verfügung steht“, so Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg bei der Gleichenfeier.

„Wichtig war uns, auf dem grünen und sehr schönen Grundstück hier ein Gebäude mit hellen Zimmern zu errichten. Um den Jugendlichen Aussichten aus der Vogelperspektive zu ermöglichen, haben wir Galerien über dem Gang im ersten Obergeschoss geplant. Über in den Kleiderkasten integrierte Stiegen werden die BewohnerInnen diese ‚Nester‘ erreichen und diese auch als Rückzugsräume nutzen können“, erklärte DI Jasmin Leb-Idris von lebidris architektur ZT.

Dieses dritte von der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft (GBG) gebaute Objekt, das im Zuge der Umstrukturierung der stationären Jugendwohlfahrtseinrichtungen der Stadt Graz in der Grabenstraße 90b entsteht, liegt exakt im Zeit- und Budgetrahmen. Mit dem Bau des „Donut Living“, so der Name des Gebäudes, wurde im Februar 2008 begonnen. Die Gesamterichtungskosten betragen 800.000,- Euro. Um den Abschluss des Baus mit September 2008 noch sicherer zu stellen, übergaben die GBG-Geschäftsführer Bernd Weiss und Mag. Günter Hirner das Gleichengeld an Vertreter der bauausführenden Firmen, Johann Harrer von der Holzbau Strobl GmbH und Bauleiter Josef Schwaberl von der Firma Alpine Bau GmbH.



Gleichenfeier des Jugendwohnhaus III: v.l.: GBG-Geschäftsführer Bernd Weiss, Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, Jugendwohnhaus-Leiterin Monika Zechner, GBG-Geschäftsführer Günter Hirner, Stadträtin a.D. Tatjana Kaltenbeck-Michl, Jugendamts-Chefin Ingrid Krammer mit jugendlichen BewohnerInnen in spe.

SPÖ setzt Gratis-Kinderbetreuung in der gesamten Steiermark durch:



Hurra!



Eine große bildungspolitische und soziale Errungenschaft mit Vorbildwirkung für ganz Österreich wird demnächst in der Steiermark verwirklicht: Die Landesregierung hat den Gratis-Kindergarten beschlossen. Ziel ist, in der gesamten Steiermark für Kinder bis zu 6 Jahren alle **Betreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kinderhäuser, Tagesmütter, Tagesväter, Kindergärten) kostenfrei** zu gestalten. Gemeinsamen politischen Willen vorausgesetzt, könnte die Einführung schon im Herbst 2008 wirksam werden.

RandKunst rückt Menschen ins Zentrum

Noch bis 7. Juli ist die Ausstellung RandKunst in der Galerie Zwischenbilder in Graz zu betrachten. Die Ausstellung zeigt textile Wandobjekte sowie Malereien und Grafiken von Karl Aichholzer, Gerlinde Bunzmann, Magdalena Berthold, Sandra Lutzmayer, Moritz Mittelbach, Max Nemecek, Peter Prager, Corinna Tomisser, Thomas Ulrych und Siegfried Zimmermann. „Die Arbeiten dieser KünstlerInnen zeigen, welch kreatives Potenzial in ihnen steckt. Es ist Kunst, die Menschen ins Zentrum rückt“, betonte Stadträtin **Elke Edlinger** bei der Ausstellungseröffnung Ende Mai. Und Gemeinderat **Mag. Mario Kowald** konstatierte: „Kunst und Kultur schaffen Selbstbewusstsein.“ Dies unterstrich **Petra Brunner** von der Lebenshilfe Graz und Umgebung-Voitsberg und erklärte: „In den RandKunst Ateliers in Söding und in Graz werden KünstlerInnen begleitet und unterstützt. Eines der Ziele: mindestens drei Ausstellungen pro Jahr.“



„RandKunst“ in der Galerie Zwischenbilder: v.l.: Isabella Holzmann von culture unlimited, GR Mag. Mario Kowald, StRin Elke Edlinger, Petra Brunner, Peter Prager, Max Nemecek, GRin DGKS Waltraud Haas-Wippel. Vorne: Gerlinde Bunzmann. Foto: Fischer

RandKunst, Galerie Zwischenbilder
Ausstellungsdauer: bis 7. Juli 2008
Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 17.00 Uhr,
Schmiedgasse 26/1, 8010 Graz
Tel: 0316/ 827122
www.culture-unlimited.at
Infos Randkunst: 0316/ 821547

du

Anfang Juni gegründet: Der Steirische Pflege- und Patienten Service

Das immer komplexer werdende Gesundheits- und Pflegesystem ist für viele Menschen im Krankheits- bzw. Pflegefall nicht mehr durchschaubar. „Daher wollen wir DIE Anlaufstelle für PatientInnen und Pflegebedürftige sowie deren Angehörige bei Fragen und Problemen im Gesundheits- und Pflegesystem in der Steiermark sein und sehen unsere Servicestelle als eine Art Navigationssystem“, so **Gerhild Hirzberger**, die die telefonische Hotline des Vereines betreut.

gehörige. Der Steirische Pflege- und Patienten Service will sich um alle Fragen und Probleme kümmern, die Krankheit und Pflege von Menschen betreffen und sich um Lösungen bemühen. „Insbesondere wollen wir den Menschen im Umgang mit dem Pflege- und Gesundheitssystem helfen und sie unterstützen. Leicht zugänglich, ohne Hindernisse, unmittelbar, rasch, effektiv mit Vermittlung möglichst einfacher Lösungen“, so **Dr. in Gudrun Uran**, Ärztin für Allgemeinmedizin.

Anlaufstelle für PatientInnen und Pflegebedürftige sowie deren An-

Hotline: 0664/ 2244404
Infos: www.patientenservice.co.at

Steirischer Pflege- & Patienten Service

WIR HELFEN IHNEN

Tel.: 0664 22 44 404

Mo, Di: 08:00 - 12:00
Mi, Do: 14:00 - 18:00

e-mail: info@patientenservice.co.at

DIE Anlaufstelle für PatientInnen und Pflegebedürftige sowie deren Angehörige bei Fragen und Problemen im Gesundheits- und Pflegesystem in der Steiermark.

Wir kümmern uns um Ihre Anliegen und bemühen uns um Lösungen.

www.patientenservice.co.at

Ein kreatives Projekt für Mädchen und junge Frauen, die Perspektiven für ihr Leben entwickeln möchten.

„Hast du Zeit? Keine Schule? Keinen Job? Sagen die, dass du zu nichts zu gebrauchen bist? Willst du zeigen, wer du wirklich bist? Dann melde dich bei uns.“

Dieser Aufruf stand am Beginn des Projekts „raus aus der box“, das von Mafalda, Isop und UniT ins Leben gerufen wurde. Projektkoordinatorin **Dr. in Barbara Jezdik** von Mafalda möchte Mädchen, die sich bisher auf der Verliererseite des Lebens befanden, ermutigen, an diesem Projekt teilzunehmen: „Wer Interesse hat, soll sich bitte melden, es gibt laufend Einstiegsmöglichkeiten.“

Begonnen wurde das Projekt im Frühling mit einem kleinen bunten Wohnwagen, der an verschiedene Grazer Plätze fuhr, um unkomplizierte, niederschwellige Kontaktmöglichkeiten zu bieten. Interessierte Mädchen haben dort mit Künstlerinnen von UniT Kunstkarten gestaltet und miteinander die ersten Schritte für das geplante Jugendmagazin unternommen. Momentan arbeiten 15 junge Frauen und Mädchen aus unterschiedlichsten Kulturen gemeinsam an diesem Projekt. Es wurden Themenkataloge erstellt mit Fragen, die für die Mädchen besonders wichtig sind, z.B. was ist Glück („what the fuck is luck?“). Diese werden nun im box-Laden in der Belgiergasse 7 mit unterschiedlichsten Medien künstlerisch bearbeitet und zwischendurch präsentiert. Das Magazin als klar definiertes Endprodukt dieses Prozesses gibt den jungen Frauen eine „greifbare“ Sinnhaftigkeit ihres Tuns. Sie lernen dabei unter anderem Verantwortung zu übernehmen und können Erfolge unmittelbar erleben. Sozialpädagoginnen von Mafalda und Isop sowie Künstlerinnen des Vereins UniT geben ihnen dabei die notwendige Unterstützung und professionelle Anleitung

Der Grundgedanke: Immer mehr Jugendliche befinden sich auf der Verliererseite des Lebens. Ihre Schwierigkeiten im Erwerbsleben Fuß zu fassen, nehmen zu. Lebenskonzepte und Le-

„raus aus der box“



Der box-Laden lädt zur Zwischenschau.

bensrealitäten klaffen zunehmend auseinander. Das betrifft aufgrund eingeschränkter Berufsperspektiven besonders Mädchen und junge Frauen und noch einmal so hart Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das Projekt „raus aus der box“ möchte gerade diesen Jugendlichen die Möglichkeit bieten, wieder Mut zu schöpfen und Perspektiven für das eigene Leben zu

nachzuholen oder schlechte Noten in Abschlusszeugnissen auszubessern. Dadurch sollen sie auch auf arbeitsmarktpolitische Qualifizierungsmaßnahmen vorbereitet werden. Gefördert wird das Projekt durch den Europäischen Sozialfonds, das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und das Arbeitsmarktservice Steiermark.

Ein offener Lernraum. Barbara Jezdik bilanziert die erste Phase des Projekts: „Wenn diesen Mädchen und jungen Frauen ein geeigneter Rahmen geboten wird, dann kann man nur so staunen, was herauskommt. Das wäre sonst verloren, wenn sich niemand darum kümmert. Hier werden sie genommen, wie sie sind, es wird ihnen zugehört, jemand hat Zeit für sie, sie werden akzeptiert. Dann kommt so viel! Ich fühle mich unter den Mädchen oft als Lernende, besonders was das multikulturelle Miteinander angeht.“ „Raus aus der box“ steht als offener Lernraum allen jungen Frauen zur Verfügung, die sich angesprochen fühlen.

Gertrud Muckenhuber



Dr. in Barbara Jezdik: „Man kann oft nur staunen, welche Kreativität die Mädchen entwickeln.“

entwickeln. Die Lust am kreativen Lernen und Arbeiten steht im Mittelpunkt. Durch die Erfolgserlebnisse bei der Arbeit am Projekt sollten die Mädchen auch ermutigt werden, an ihrer Basisbildung weiter zu arbeiten, ihrer Kompetenzen hinsichtlich der Grundkulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen, EDV-Kenntnisse zu verbessern, fehlende Schulabschlüsse

Kontaktmöglichkeit:
box-Handy: 0681/10377011 oder
E-Mail: rausausderbox@gmx.at

Aktiv für Menschen in Graz

- Haus am Ruckerlberg: Pflege und Betreuung für Menschen im Alter mit Hausgemeinschaften und Tagespflege
- Schule für Sozialbetreuungsberufe/Altenarbeit
- Tagesstätte Moserhofgasse für Menschen mit Behinderungen
- Flüchtlingshilfe Deutschfeistritz und Graz/Steyrergasse

Kontakt:
Mag. Claudia Löcker-Tucek
Haus am Ruckerlberg
8010 Graz, Nibelungengasse 69/73
Telefon 0316/321608
c.loecker_tucek@diakoniewerk.at

www.diakoniewerk.at

Diakoniewerk

Kommunikation
Genderwerkstätte

Lehrgang
GENDER KOMPETENZ
und
GENDER
MAINSTREAMING

Start: 20. November 2008

www.genderwerkstaette.at

„Theater“ um Armut zeigt Wirkung und macht Politik

Mit der Produktion „Kein Kies zum Kurve kratzen“ hat die Initiative und Theaterwerkstatt InterACT im vergangenen Jahr den sprichwörtlichen Stein ins Rollen gebracht. Hinter dem kuriosen Titel verbirgt sich ein interaktives Forumtheater, das die Zuschauer auf den Straßen und Plätzen zum Mitagieren einlud. Auf diesem ungewöhnlichen Weg werden auf kreative Weise neue Lösungsansätze und Vorschläge spielerisch ausprobiert und entwickelt, um dem Phänomen der neuen Armut entgegenzuwirken.

Auf Einladung von Landtags-Präsident Siegfried Schrittwieser und LH-Stv. Dr. Kurt Flecker wurden das äußerst erfolgreiche Projekt und die daraus hervorgegangenen Ideen den verantwortlichen Politikern und Fachleuten in der Landstube präsentiert. Im Anschluss daran diskutierten VertreterInnen der Landtagsfraktionen mit ExpertInnen über Impulse, die aus diesem Projekt in die steirische Sozialpolitik einfließen könnten.

Armut kann sich selten artikulieren.

In seiner Begrüßung wies Schrittwieser darauf hin, dass „wachsende Armut in einem der reichsten Länder der Erde nicht gerade Anlass dazu geben können, sich zufrieden zurückzulehnen“, auch wenn es in den vergangenen zwei Jahren der Sozialpolitik des Landes gelungen sei, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Soziallandesrat Flecker begrüßte das Theater-Projekt als Meilenstein, denn „Armut hat nur selten die Chance sich zu artikulieren“, während „Systeme, die Armut erzeugen



Michael Wrentschur (re.) lud die Zuschauer ein, sich in die Handlung rund um die überschuldete Familie Schmölzer einzumischen.

anonym bleiben“. Allein aus diesem Grund sei es wichtig die Menschen dazu anzuregen, in aktiver Anteilnahme über dieses soziale Phänomen und seine Ursachen nachzudenken. Die gesellschaftliche Entwicklung zeigt eine Tendenz zu zunehmender Ungleichheit und abnehmender Teilhabe vieler Menschen am sozialen Leben: Rund 12,5% der SteirerInnen, das sind 150.000 Menschen, gelten als armutsgefährdet, denn sie haben pro Monat weniger als 848 Euro zur Verfügung. Fast die Hälfte von ihnen, also mehr als 70.000 Personen, gelten als manifest arm. Als besonders armutsgefährdet gelten nach Expertenmeinung Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, alleinerziehende Frauen, langzeitarbeitslose Menschen bzw. „working poor“, also Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie MigrantInnen und PensionistInnen.

Ein Projekt mit Wirkung. Den Gedanken hinter den interaktiven Aufführungen mit Einbindung des Publikums erläuterte Dr. Michael Wrentschur von InterACT: „Das Forum-Theater funktioniert als eine kreative Methode szenischer Forschung, das z.B. bei der Frage ansetzt: Wie erleben und fühlen Menschen, die in finanzielle Notsituationen geraten?“ Besondere Glaubwürdigkeit vermitteln die Charaktere auf der Bühne: Die Lockungen der Konsumwelt, leichtfertige Kredite und der Zerfall der familiären Strukturen führen die scheinbar ganz normale Familie Schmölzer in den wirtschaftlichen Ruin und damit ins soziale Abseits. Die beteiligten Darsteller sind Menschen, die selbst Phasen von Armut und Schulden durchlebt haben. In einem speziellen Workshop wurden sie zu Schauspielern „umgeschult“

und haben sichtlich Freude an der neuen Berufung. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Bei den zahlreichen Aufführungen von „Kein Kies zum Kurven Kratzen“ mit mehr als 1.000 TeilnehmerInnen gab es über 160 Einstiege – d. h. das Ausprobieren von Lösungsideen auf der Bühne – aus dem Publikum. Aus diesen dokumentierten Einstiegen und schriftlichen Vorschlägen wurden mehr als 300 Lösungsideen für die Prävention und Bekämpfung von Armut entwickelt.

Die Rechte der Menschen bei Armut und Schulden stärken. In der anschließenden Diskussion setzten sich Dr. Martina Schröck (SP), Gregor Hammerl (VP), Ernest Kaltenegger (KP), Mag. Edith Zitz (Grüne) sowie Michaela Moser (Armutskon-

Zugang zu Bildung sowie die Einbeziehung der Betroffenen in Sozialprojekte zur Sprache. In Bezug auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung waren sich die Vertreter über deren baldigste Einführung einig, wobei sich Hammerl aufgrund der Teuerung für eine Indexbindung aussprach. Die Frage der Finanzierung bliebe aber noch ungelöst. Die Abschaffung des Regresses in der Sozialhilfe sei über die Anhebung der Abgaben auf das kleine Glücksspiel relativ leicht zu bewältigen, regte Kaltenegger an, während Zitz die Finanzierung von Armutsbekämpfung durch die massive Besteuerung großer Vermögen ermöglicht sieht. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Rechte der Betroffenen (Schuldneranwalt) sowie der Sicherung von Ansprüchen steuerten die Experten Löscher und Moser bei.



Diskussion zu den Vorschlägen des Theaterprojekts mit Edith Zitz, Ernest Kaltenegger, Gregor Hammerl, Martina Schröck, Michaela Moser und Christof Löscher (von li.)

ferenz) und Christof Löscher von der steirischen Schuldnerberatung mit den aus dem Theater-Projekt entstandenen Anregungen auseinander. Als zentrale Themen kamen dabei die Grundsicherung, die menschenwürdige Beratung in Ämtern, der

Schröck sicherte abschließend zu, dass sich der Sozialausschuss des Landtages für eine konstruktive Umsetzung der InterACT-Vorschläge einsetzen werde.

Josef Schiffer

„Zusammenspiel“ kann auch im Fröbelpark funktionieren

„Nichts von dem, was ihr heute sehen werdet, ist frei erfunden“, sagt Lisl Nußhold von der Theatergruppe InterACT einleitend. Denn: Die sechs SchülerInnen der Grazer Fröbel-Hauptschule Karolina, Ardijan, Mateo, Claudio, Snaja und Öznur spielen sich heute im Grazer Volkstheater selbst – und die Probleme, mit denen sie in der Gegend um den Fröbelpark konfrontiert sind.

Die muten mehr als vertraut an: Am Sportplatz der Modellschule darf nicht Fußball gespielt werden, weil in dieser Ganztagschule auch am Nachmittag unterrichtet wird und die SchülerInnen beim Lernen gestört würden; die von einer Lehrerin vertriebenen Ballesterer versuchen's im benachbarten Fröbelpark. Dort ist Fußballspielen zum einen verboten und zum anderen prallen da die Interessen der Mädchen (die lieber Himmel und Hölle



Begeisterung bei den SchauspielerInnen, Engagement bei den ZuschauerInnen – FORUMTheater erleichtert die Beteiligung an demokratischen Prozessen.

FGZ-Projekt: Gesundheitliche Folgen von Gewalt

Die Weltgesundheitsorganisation benennt Gewalt als eines der zentralen Gesundheitsrisiken für Frauen. Das Frauengesundheitszentrum arbeitet zum Thema Gewalt auf mehreren Ebenen: Prävention, Beratung, Psychotherapie, Sensibilisierung, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit. Im Detail sind das: Workshops für Mädchen und für LehrerInnen, SozialarbeiterInnen etc., Beratung und Psychotherapie für Frauen mit Gewalterfahrung, Sensibilisierung und Fortbildung für medizinisches Personal durch das Projekt „Gesundheitliche Folgen von

Gewalt“, qualifizierter Weiterverweis und Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen, Thematisierung des Problems durch Öffentlichkeitsarbeit und in Arbeitskreisen, Zurverfügungstellen von Materialien zum Thema in der Bibliothek des Frauengesundheitszentrums.

Informationen: Mag.^a Rita Obergeschwandner, Tel: 0316/ 837998, www.fgz.co.at Projekt „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“: Mag.^a Christine Hirtl, Tel: 0316/ 837998

spielen) und jene der Burschen aufeinander – Streit und Ärger sind die Folge. Es heißt wieder weiterziehen – aber den Ball gegen den Zaun der Nachbarin zu schlenzen ist auch keine Lösung, weil die aufgebrachte Dame sofort einen Platzverweis ausspricht. Die Kids sollten doch ins Jugendzentrum gehen, das speziell für sie gebaut wurde, meint sie. Nur: Genau dort wollen die Jungs nicht hin – denn das Zentrum ist fest in der Hand einer Gruppe supercooler Hip-hop-Jünger, die den Glimmstängel im Mundwinkel, das Bierglas in der Hand und die Kapuze über der Schirmmütze tragen, mit Fußball nichts am Hut und schon einige Jährchen mehr am Buckel haben als die verhinderten Fußballer.

Ein Fußballplatz muss her. Damit ist das Spiel aber nicht aus: Weil es sich dabei um ein Stück in der Tradition des ForumTheaters handelt (Ausgangspunkt war ein Schulworkshop), wird es gleich noch einmal vorgeführt, und die ZuschauerInnen – zum großen Teil SchulkollegInnen der Akteure und deren Eltern – sind nun aufgerufen, der Story eine andere, positivere Wendung zu geben. „Die Mädchen und Buben sollen zusammen spielen“, ruft ein Mädchen. Ein Bub erklimmt die Bühne, nimmt die Rolle eines der Akteure ein und versucht mit der Nachbarin, die ihren Zaun schützen will, zu diskutieren. Und in der Tat: Diese lässt sich erweichen und verspricht, zum Jugendzen-

trum mitzukommen, um dort nach dem Rechten zu sehen ... Trotzdem ist allen Beteiligten klar: Die Lösung ist das nicht – das Problem liegt einfach daran, dass zu wenig Platz für die Kinder vorhanden ist. So lautet einer der Vorschläge aus Kindermund, man solle einen Fußballplatz speziell für die Kinder der Gegend errichten. Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, der bei der Aufführung ebenso anwesend ist wie eine Reihe von GemeinderätInnen und MitarbeiterInnen des Jugendreferates, vernimmt die Botschaft, will sich aber dennoch zuerst einmal um die Ausschöpfung von Mehrfachnutzungsmöglichkeiten bemühen.

Volkshilfe lebt Solidarität weit über Grenzen hinaus

von 3. LTP LAbg. Barbara Gross und Mag.^a Monika Tatzl

Vor mittlerweile 61 Jahren gründeten der ehemalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky und die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Maria Matzner die Volkshilfe als soziale, gemeinnützige, überparteiliche und nicht konfessionell orientierte Hilfsorganisation, die Menschen in Armut und Not unterstützt. Die Volkshilfe hat immer auf ihren Wurzeln aufgebaut. Nach wie vor helfen wir Menschen in Österreich, denen es nicht so gut geht. Das ist der Hauptfokus unserer ehrenamtlichen Arbeit.

Internationale Hilfe. Neben unserer Arbeit im eigenen Land bringen wir unsere langjährige Erfahrung in der Aufbauarbeit auch über unsere Landesgrenzen hinweg ein. Für die Internationale Zusammenarbeit heißt Solidarität und Hilfe, dass nur eine gerechte Welt, in der die Würde, Integrität und Selbstbestimmung der Menschen und ihrer Organisationen nachhaltigen gesellschaftlichen Fortschritt bringen kann. Globalisierung heißt auch Globalisierung der fortschrittlichen Kräfte weltweit.

Für ein Leben in Würde und mit Selbstbestimmung. Die Volkshilfe leistet aus einem Verständnis der internationalen Solidarität Hilfe für benachteiligte, ausgegrenzte und diskriminierte Menschen und unterstützt sie in ihrem Recht auf ein Leben in Würde, Sicherheit und Selbstbestimmung. Die Internationale Zusammenarbeit der Volkshilfe soll dazu beitragen, nachhaltig gesellschaftliche, ökonomische und politische Strukturen zum Gerechteren zu wenden.

Gleichberechtigung für alle. Die Volkshilfe setzt sich für Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, zwischen Frauen und Männern, zwischen Jung und Alt, zwischen Armen und Reichen ein. Zugang zu Ressourcen, zu menschenwürdiger Arbeit, zu gerechten Löhnen und eine gerechte Verteilung von Reichtum ist umso wichtiger, als die neoliberale Wirtschaft weltweit dominiert und die Verarmung vieler Menschen dramatisch vergrößert.

Empowerment von Frauen im Zentrum. Die Volkshilfe setzt sich in ihren Projekten vor allem auch für das Empowerment von Frauen und für Gerechtigkeit ein. Weltweit tragen Frauen die größte Last der geleisteten Arbeit, sie tragen einen unentbehrlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben bei. Frauen müssen im Sinne der Menschenrechte und eines demokratischen Bekenntnisses volle Anerkennung, Beteiligung und Mitentscheidung auf politischer, ökonomischer und sozialer Ebene haben. Gerechtigkeit bedeutet für die Volkshilfe, in all ihren internationalen Aktivitäten auf die Auswirkungen ihrer Arbeit auf Frauen und Männer zu achten. Die Volkshilfe arbeitet solidarisch, partnerschaftlich, gleichwertig und



respektvoll mit lokalen Organisationen zusammen. Voneinander lernen, miteinander über Länder- und Kontinentgrenzen hinweg an notwendigen Veränderungen arbeiten, ist wichtig. Strukturelle Veränderungen können nur mit einer starken Zivilgesellschaft vorangetrieben werden. Organisationen, insbesondere Frauenorganisationen, sind ein zentraler Teil der Zivilgesellschaft.

Humanitäre Hilfe. Die Volkshilfe leistet – ausgehend vom Prinzip der Solidarität – humanitäre Hilfe im In- und Ausland. Solidarität ist vor allem dann erforderlich, wenn Menschen durch Naturkatastrophen, durch politische Ereignisse oder kriegerische Auseinandersetzungen in Notsituationen geraten. Bei humanitären Krisen geht es uns in erster Linie um Nothilfe (u.a. Nahrungsmittelhilfe, provisorische Unterbringung und Bereitstellung von Trinkwasser und sanitären Einrichtungen). Bereits in der ersten Phase der Soforthilfe wird auf die darauf folgenden Wiederaufbaumaßnahmen Bedacht genommen. Der spezifischen Situation von Frauen im Katastrophenfall wird besondere Beachtung geschenkt. Nachhaltige

Projekte unterstützen das Empowerment von Frauen.

Hilfe zur Selbsthilfe. Um Maßnahmen der Humanitären Hilfe nachhaltig abzusichern, verfolgen wir Ansätze, die die Förderung bzw. Bewahrung der Selbstorganisation der betroffenen Bevölkerung und die Partizipation der Bevölkerung an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen sowie eine grundlegende Entwicklungsorientierung der Humanitären Hilfe sicherstellen. In der Entwicklungszusammenarbeit ist es möglich, die Gefährdung und Anfälligkeiten von potentiell betroffenen Menschen durch Katastrophenvorsorge zu reduzieren. Die Volkshilfe bekennt sich zu Projekten der Katastrophenvorsorge, die dazu beitragen, den Erfolg nachhaltiger Entwicklung langfristig zu sichern. Die Überleitung von der Soforthilfe in die Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit-Phase ist dabei Leitgedanke.

Frauenrechte auch in der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen. Frauen sind von Armut und Hunger überproportional betroffen,

weil sie in vielen Ländern mehrfach benachteiligt sind. Die Reduzierung von Armut und Hunger kann nicht isoliert von sozioökonomischen und politischen Prozessen betrachtet werden. Um den Hunger zu bekämpfen, ist es notwendig, Strukturen und Systeme zu bekämpfen, die ihn hervorbringen, und diese zu verändern. Die Volkshilfe unterstützt in ihren Projekten Arme und Benachteiligte – besonders Frauen – darin:

- den Zugang auf Nahrung, Bildung und Gesundheit sicher zu stellen
- durch soziale Inklusion zum Abbau von Diskriminierung jeglicher Art beizutragen
- Zugang zu Ressourcen wie Land, Kapital, Infrastruktur und Transportmöglichkeiten zu verschaffen,
- gerechtes/gesichertes Einkommen zu erwirtschaften.

Thematische Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit sind:

- Armutsbekämpfung
- Empowerment (ökonomische und soziale Stärkung) von Frauen und Gerechtigkeit
- Social Inclusion
- Soziale Dienstleistung, sozialer Wohlfahrtsstaat

In den Sektoren:

- Ländliche Entwicklung
- Arbeit und Beschäftigung
- Bildung und Gesundheit

Krankenhaus auf Rädern. Die Volkshilfe Steiermark unterstützt derzeit speziell ein Projekt in Indien: Das „Krankenhaus auf Rädern“. Ein Team bestehend aus einer Ärztin, einer Krankenschwester und einer Laborantin besucht zweimal pro Monat jedes Dorf in der Region Nagapattinam und stellt so die medizinische Versorgung sicher. Besonderer Wert wird dabei auf Mut-



3. LTP LAbg. Barbara Gross, ehrenamtliche Präsidentin der Volkshilfe Steiermark



Mag.^a Monika Tatzl, Leiterin Volkshilfe Verbandssekretariat

ter-Kind-Untersuchungen gelegt. Jeder Mensch, egal ob Mann oder Frau oder welcher Kaste er angehört, wird vom Team untersucht.

Seit Beginn des Projektes im April 2006 wurden insgesamt mehr als 45.500 Menschen behandelt. Im Durchschnitt sind das 76 PatientInnen pro Tag. Die Ambulanz fährt im Monat durchschnittlich 1.300 km, um alle 16 Dörfer zweimal besuchen zu können.

Spenden: Wenn Sie dieses Projekt unterstützen wollen, freuen wir uns auf Ihre Spende: Volkshilfe Österreich: PSK BLZ 60000, Kontonummer: 1.740.400; Kennwort „Indien“



Ein Projekt der Volkshilfe zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der indischen Region Nagapattinam. Wenn Sie das Team des rollenden Krankenhauses unterstützen wollen, freuen wir uns auf Ihre Spende: Volkshilfe Österreich: PSK BLZ 60000, Kontonummer: 1.740.400; Kennwort „Indien“

www.volkshilfe.at www.solidar.org

volkshilfe.